Die Steuerlast im Kanton Bern, resp. die finanziellen Leistungen des Bürgers an den Staats- und Gemeindehaushalt.

Von A. Chatelanat im bernischen statistischen Bureau.

(Fortsetzung und Schluss.)

II. Betrag und Form der Staats- und Gemeindesteuerlast.

Wir haben schon im Eingang erwähnt, dass die Verschiedenartigkeit der Steuerform und der Steuerquellen in den verschiedenen Ländern und Kantonen die Vergleichung sehr schwierig und theilweise unmöglich macht*).

Um auf einen Boden zu gelangen, der irgendwie eine Vergleichung zulässt, müssen wir uns zuerst klar machen:

Welche Staatseinkünfte als Steuerlast, auf direktem oder indirektem Wege, auf den Schultern des Volkes ruhe?

Die Nothwendigkeit der Alimentation des Gemeinshaushaltes einerseits und andererseits die Thätigkeit des Staatswesens haben nach und nach dem Staate sehr verschiedenartige Einkunftsquellen verschafft.

Die Erhebung von Zöllen z. B. entsprang ursprünglich einem rein fiskalischen Interesse; später wurden dieselben als mächtiges Mittel in der Handelspolitik verwendet (Schutzzölle), während in der Neuzeit und namentlich bei uns das Prinzip des Freihandels dem Zollsystem hauptsächlich nur fiskalische Zwecke anweisen.

Andere Staatseinkünfte, die oft als Steuern behandelt werden, entsprangen dagegen der Thätigkeit des Staatskörpers, d. h. dieselben wurden durch Institutionen geschaffen, welche der Staat, als in seiner Aufgabe liegend, zum Nutzen des Gemeinwesens errichtete. So das Postwesen, Eisenbahnen, das Salzmonopol etc.

Für viele dieser Institutionen ist aber jetzt bei der enorm entfalteten und durch Association mächtig gewordenen Privatthätigkeit die Nothwendigkeit des Betriebes durch den Staat nicht mehr vorhanden, ja, der Staatsbetrieb ist für gewisse Gebiete nun wohl gar nicht mehr ein Vortheil für den Bürger.

*) Der einfachste und sicherste Weg, zu einer vollständigen und zuverlässigen schweizerischen Staats- und Gemeindesteuerstatistik zu gelangen, scheint der zu sein, dass die schweizerische statistische Gesellschaft die Sache an die Hand nehmen und in jedem Kanton Männer zu gewinnen suchen sollte, welche nach vorher vereinbarten allgemeinen Grundlagen die Steuerstatistik ihres Kantons bearbeiten. Auf diese Weise würde man ein Material erhalten, welches auf genauer Kenntniss der kantonalen Verhältnisse beruhte und auf dessen Grundlage nach unserer Ansicht allein ein genaues und vollständiges Bild des schweizerischen Steuerwesens entworfen werden kann.

Auf diese Weise sind Staatseinkünfte und Abgaben sehr verschiedenartigen Charakters entstanden und es ist deshalb nothwendig, um zu einer richtigen Statistik der wahren Steuerlast zu gelangen, jede Form der Staatseinnahmen nach ihrer Quelle und ihrem Charakter zu untersuchen und zu behandeln.

In Bezug auf unsern Kanton sind wir dazu gelangt, unsere verschiedene Steuerarten in zwei Kategorien zu theilen, die wir als

1. *eigentliche, zur Alimentation des Staatswesens nothwendige Steuern,*
2. *uneigentliche und Spezialsteuern*

bezeichnen wollen.

1. Zur Ausscheidung der *eigentlichen* Steuern (direkte und indirekte), mit denen wir uns hier beschäftigen wollen, haben wir den allgemeinen Satz aufgestellt: *Eigentliche Abgaben sind Einnahmen von solchen amtlichen Institutionen, welche dem Bürger keinen direkten Nutzen gewähren, resp. Einkünfte, die in rein fiskalischem Interesse zum Zweck der Alimentation des Staatshaushaltes bezogen werden.*

Die Tabelle I enthält die Steuerarten, welche als *eigentliche* Abgaben zu betrachten sind.

2. Als *uneigentliche* Steuern betrachten wir Einnahmen, welche von Quellen herrühren, bei denen der Staat als Geschäftsinhaber erscheint, oder von solchen Institutionen, welche dem Bürger einen direkten Nutzen gewähren, oder Steuern, welche zu gewissen wirthschaftlichen oder sonstigen Spezialzwecken bezogen werden, sowie auch Bussen etc. Solche *uneigentliche* Steuern sind:

a. Die allgemeinen *Polizeibussen* und *Konfiskationen*. In Abweichung von Arbeiten ähnlicher Art wie die vorliegende konnten wir uns nicht dazu entschliessen, diese Einkunftsquelle unter die *eigentlichen* Abgaben zu rechnen, da diese Leistung vielmehr als Ersatz für einen Schaden, der dem Gemeinwesen zugefügt worden, zu betrachten ist.

b. Ebenso verhält es sich mit den *Frevelbussen* und *Frevelentschüdnissen*, welche in die Kasse der Forstkulturen fallen.

c. Die *Waldausreutungsgebühren* können ebenfalls nicht als *eigentliche* Abgaben betrachtet werden, da der Ertrag dieser Spezialsteuer zur Kompensation des Waldareals, d. h. für Anlegung neuer Waldkulturen am Platz der ausgereuteten, bestimmt ist und diese Leistung somit einen speziellen wirthschaftlichen Charakter und Zweck hat.

d. Man hat auch die Einnahmen von dem *Postwesen* unter den indirekten Steuern angeführt, und deshalb wollen wir uns hier auch darüber aussprechen. Man könnte sagen, es verhalte sich mit den Posteinnahmen wie mit dem Salzregal; allerdings sei ein reeller Nutzen für den Bürger vorhanden, der Reingewinn des Postwesens sei aber als *Mehrleistung* der Staatsbürger, resp. als indirekte Abgabe, zu betrachten. Allein uns scheint, der Umstand, dass der Staat wesentlich berufen scheint, den Postdienst zu verwalten und hier als Geschäftstreibender aufzutreten, sowie die Frage, ob, wenn das Postwesen dem Privatbetrieb überlassen wäre, der Postverkehr nicht theurer zu stehen käme, resp. der Umstand, dass der Postbetrieb durch den Staat für den Bürger ein reeller Vortheil ist, lasse die Qualifizierung des Postgewinnes als indirekte Abgabe nicht zu.

Der Staat ist hier Geschäftsinhaber und nimmt als solcher eine privatrechtliche Stellung ein.

e. In andern Steuerstatistiken ist auch der Ertrag des *Amtsblattes* als indirekte Steuer berechnet. Wir glauben, mit Unrecht, weil das Amtsblatt einer wichtigen Forderung der öffentlichen Rechts- und Creditsicherheit entspringt und es Aufgabe der staatlichen Ordnung ist, hier zu wirken. Wir müssen um so eher von der Einreihung der Amtsblattgebühren unter die Abgaben absehen, als der Ertrag gering ist und somit von einem fiskalischen Interesse eigentlich nicht die Rede sein kann.

f. Was endlich die *Militärpflicht-Ersatzsteuer* betrifft so finden wir es unlogisch, diesen verhältnissmässig geringen Theil der « Blutsteuer » hier in Rechnung zu bringen, während die enormen Leistungen und Abgaben der effektiv dienstthuenden Bürger an Zeit, Geld und Kraft nicht in Berechnung fallen würden.

Um allen Ansichten zu entsprechen, geben wir hier den *Betrag der uneigentlichen und der Spezialsteuern* an, und zwar für das Jahr 1869:

a. Polizeibussen und Konfiskationen	Fr. 21,066
b. Frevelbussen und Entschädnisse	» 5,165
c. Waldausreutungsgebühren	» 6,988
d. Postentschädigung vom Bund lt. Skala Fr. 249,252; rückständig Fr. 303,723; im Jahr 1869 bezahlt	» 219,129
e. Amtsblatt (Nettoertrag)	» 8,186
f. Militärpflicht-Ersatzsteuer	» 193,114

Total uneigentliche und Spezialsteuern: Fr. 453,648

In den fünf Jahren 1865—69 wurde im Ganzen an Gemeinde und Staat circa 34½ Millionen (Fr. 34,380,307) Steuern bezahlt, wovon:

An den Staat circa 25½ Millionen	Fr. 25,551,707
» die Gemeinden circa 9 Millionen	» 8,828,600
» direkten Staats- und Gemeindesteuern	» 17,959,260
» indirekten » » » »	» 16,421,047

Tabelle I enthält ferner eine Berechnung der Steuersummen auf den Kopf der Bevölkerung, woraus hervor-

geht, dass die *gesamte Staats- und Gemeindesteuerlast im Kanton Bern Fr. 14. 12 per Einwohner beträgt.*

Leider ist keine Vergleichung mit andern Kantonen und Ländern möglich, da in diesem Betrag eben auch die Gemeindesteuern inbegriffen sind.

Wenn in der ganzen Schweiz in diesem Verhältniss gesteuert würde, so würde die durchschnittliche jährliche Steuereinnahme der Schweiz auf Fr. 36,991,000 oder circa 37 Millionen ansteigen.

Die Gesamtsteuerlast im Verhältniss zur erwerbenden Bevölkerung.

Sämmtliche Steuern lasten eigentlich auf der erwerbenden Bevölkerung. Es ist daher interessant, das Verhältniss der Steuerlast zu letzterer zu kennen.

Nach der Zählung von 1860 waren von der Gesamtbevölkerung 46,41 % erwerbende (verdienende) Personen, die übrigen 53,59 % bloss Konsumenten, d. h. zugehörnde Familienglieder. Nach Analogie dieses Verhältnisses wären im Jahr 1870 232,919 erwerbende Personen gewesen.

Die Gesamtsteuerlast beträgt somit auf eine *erwerbende Person*:

An direkten Steuern	Fr. 15. 72
» indirekten »	» 14. 10
Im Ganzen:	Fr. 29. 82

Betrag der eigentlichen und der uneigentlichen Steuerlast.

Rechnen wir hiezu die Summe der eigentlichen Staats- und Gemeindesteuerlast im Jahr 1869 (siehe Tabelle I), so ergibt sich, dass die gesammte Abgabenlast im Kanton Bern, im weitesten Sinne aufgefasst, sich auf Fr. 7,946,961 oder in runder Summe auf 8 Millionen oder Fr. 15. 08 per Einwohner beläuft.

Wir überlassen es den persönlichen Ansichten, sich in diesem Sinne Rechenschaft von unserer Steuerlast zu geben.

Die eigentliche Steuerlast.

Hierüber gibt Tabelle I Auskunft, welche die gesammte eigentliche Staats- und Gemeindesteuerlast zusammenfasst.

In dieser Uebersicht sind die Bruttoerträge und bei den direkten Steuern die wirklich bezogenen Steuern enthalten.

Beim Salzregal haben wir den Nettoertrag als Steuerlast in Rechnung gebracht.

In Betreff der Gemeindesteuern bemerken wir, dass die gegebenen Zahlen zwar aus offiziellen Quellen (dem statistischen Jahrbuch) entnommen sind, jedoch nicht auf absolute Vollständigkeit Anspruch machen können. Immerhin besitzen wir nun doch wenigstens annähernde Angaben über die Summe der Gemeindesteuern. Unter den indirekten Gemeindesteuern sind verstanden die verschiedenen Gefälle, Bussen etc., welche den Gemeindekassen

oder einzelnen Abtheilungen der Ortsgemeindeverwaltung zufließen.

Nach Tabelle I beläuft sich die *gesamte eigentliche Staats- und Gemeindesteuerlast im Durchschnitt der letzten fünf Jahre auf Fr. 6,946,091*. Diese Ziffer kann in Betracht der nicht ganz vollständigen Gemeindesteuerangaben in runder Summe *auf 7 Millionen per Jahr* veranschlagt werden.

Verhältniss der Staats- zu der Gemeindesteuer.

Die Staatssteuer macht 74,58 % oder $\frac{3}{4}$, die Gemeindesteuer 25,42 % oder $\frac{1}{4}$ der ganzen Steuerlast aus. Die Staatssteuer beträgt per Kopf der Bevölkerung Fr. 10. 53, die Gemeindesteuer Fr. 3. 59.

Die Steuerlast für den Gemeindehaushalt beträgt somit nur $\frac{1}{3}$ der Staatssteuerlast. Es fragt sich nun, ist diese Minderbelastung eine Folge davon, dass der Gemeindehaushalt weniger Kostenaufwand erfordert als der Staatshaushalt, oder beruht das Verhältniss darauf, dass der Staat zur Bestreitung seiner Ausgaben die Steuerkraft des Landes relativ stärker in Anspruch nimmt?

Dies führt uns dazu, die betreffende Steuerlast mit den entsprechenden Leistungen des Staates und der Gemeinden zu vergleichen.

Die Steuerlast im Verhältniss zu den Leistungen von Staat und Gemeinden.

Staatsausgaben (1869) netto	Fr. 7,267,638
Gemeindeausgaben (1863—64) laut der Finanzstatistik der schweizerischen Gemeinden, jährlich	» 7,401,091
Staatssteuern laut Tabelle I	» 5,727,593
Gemeindesteuern laut Tabelle I	» 1,765,720

Wenn wir nun die « Ausgaben » als « Leistungen » annehmen wollen, so ergibt sich, dass die Staatssteuer zu den Staatsleistungen 78,57 %
die Gemeindesteuer zu den Gemeindeleistungen nur 23,85 % beiträgt.

Hieraus geht hervor, dass die Gemeindesteuerlast relativ, d. h. im Verhältniss zu den Gemeindeleistungen, weit geringer ist als die Staatssteuerlast, oder mit andern Worten: die Last des Staatshaushaltes ruht viel schwerer und direkter auf dem Volk als der Gemeindehaushalt.

Freilich ist dies nicht umgekehrt zu verstehen, als ob der Staat verhältnissmässig weniger leiste als der Gemeindehaushalt; denn das Verhältniss hat seinen Grund einfach darin, dass der Staat bei weit ausgedehnterem Thätigkeitskreis viel weniger eigenes Vermögen, weniger Einkünfte aus « eigener » Quelle besitzt, wenn wir uns so ausdrücken dürfen, als die Gemeinden.

Fragen wir nun in Zusammenfassung des Obigen nach dem Verhältniss der *gesamten Steuerlast* (von Staat

und Gemeinde) zu den *Gesamtleistungen des Gemeinwesens*, so erhalten wir folgendes Resultat pro 1869:

Leistungen von Staat und Gemeinde	Fr. 14,668,729
Steuerleistung der Bürger	» 7,493,313
	oder 51,1 %.

Durch Steuern wird also nur die Hälfte der Ausgaben des Staates und der Gemeinden zusammen bestritten. Wenn die gesammten Kosten der Staats- und Gemeindeverwaltung durch Steuern aufgebracht werden sollten, so müssten die letzteren verdoppelt werden.

Wenn die Kosten des Staatshaushaltes nur durch Steuern bestritten werden müssten, so müsste die Steuerlast um $\frac{1}{4}$ der jetzigen Steuersumme erhöht werden; die Gemeindesteuern aber müssten vervierfacht werden, um daraus die Kosten des Gemeindehaushaltes zu bestreiten.

Die Gesamtsteuerlast, eingetheilt in direkte und indirekte Steuern.

Im Kanton Bern wurden im Ganzen bezahlt im Durchschnitt von 1865—69:

	Fr.	Per Kopf der Bevölkerung.
An direkten Steuern	Fr. 3,661,881	Fr. 7. 46
» indirekten »	» 3,284,210	» 6. 67

Somit bilden die direkten Steuern 52,7 %, die indirekten 47,3 % der ganzen Steuerlast.

Dieses Verhältniss der direkten zu den indirekten Steuern könnte im Vergleich zu andern Ländern ein sehr gutes genannt werden, wenn dasselbe nicht nur das Resultat der relativ höchst geringen Summe indirekter Gemeindesteuer wäre.

Vergleichung der Staats- und der Gemeindesteuern mit Bezug auf direkte und indirekte Bezugsweise.

Es wurden nämlich bezogen im Durchschnitt von 1865/69:

	Summe.	Per Kopf der Bevölkerung.
1) Bei der Staatssteuer:		
an direkten Steuern	Fr. 2,089,677	Fr. 4. 27
» indirekten »	» 3,090,694	» 6. 28
2) Bei der Gemeindesteuer:		
an direkten Steuern	» 1,572,204	» 3. 20
» indirekten »	» 193,516	» —. 39

Oder in Prozenten:

Der Staat bezieht von der Staatssteuer-		
summe:		
Auf direktem Wege		40,28 %
» indirektem »		59,72 %
Der Gemeindehaushalt dagegen:		
Auf direktem Wege		39,04 %
» indirektem »		10,96 %

Die Gemeinde bezieht also relativ viel weniger indirekte Steuern als der Staat und das Gemeindesteuersystem ist somit in dieser Hinsicht auf einer weit richtigeren und gesunderen Basis, freilich weit weniger aus Absicht des Gesetzgebers als infolge der natürlichen Verhältnisse.

Steuerlast und Steuerkraft und Verhältniss der Steuer-summe zum eigentlich besteuerten Objekt, dem Einkommen der Staatsbürger.

Die Frage der gerechten Vertheilung der Steuerlast ist bekanntlich eine sehr alte. Es ist das bis jetzt noch ungelöste Räthsel der Steuergesetzgebung, und obschon die Theorie der Praxis in dieser Beziehung schon seit vielen Jahrzehnten weit vorangeeilt ist und die Wissenschaft längst als allein richtige und gesunde Grundlage für den Steuermaassstab und die gerechte Vertheilung der Steuerlast das « Einkommen » und zwar die progressive Veranlagung der Steuer bezeichnet hat, so befindet sich diese Frage doch noch im Stadium völligen Dunkels und ist der Gegenstand starker Controversen.

Die zahlreichen Verhandlungen des Grossen Rathes in der Steuerfrage zeigen, dass man seit der Einführung direkter Steuern in unserem Kanton ernstlich bestrebt war, unser Steuersystem auf einen rationellen Fuss zu stellen und das schwierige Problem der gerechten Vertheilung der Steuerlast zu lösen. Allein diesem Ziele stellen sich in der Detailfrage in der Praxis so mannigfaltige Schwierigkeiten entgegen, dass es kaum möglich erscheint, je dazu zu gelangen, den einzelnen Bürger ganz genau gerecht zu besteuern, es sei denn, das Pflicht- und Rechtlichkeitsgefühl der Bürger ermögliche ein jenen idyllischen Steuerzuständen ähnliches Steuersystem, wie sie seiner Zeit in der Republik Genf und sogar vor nicht Langem noch in Bremen bestanden, wo jedem Bürger überlassen wurde, den Betrag seiner Steuer selbst zu bemessen und ohne Kontrolle zu entrichten, und wo dieses auf das Rechtlichkeitsgefühl der Bürger beruhende Steuersystem einen sehr guten Ertrag abwarf.

Unsere Steuergesetzgebung ist seit 1847 gewiss in mehrfacher Beziehung verbessert worden und namentlich das neue Einkommenssteuergesetz von 1865, so unpopulär dasselbe im Allgemeinen ist, hat vor dem ältern unbestrittene Vortheile, indem dasselbe keine persönlichen Ausnahmen der Steuerpflicht zulässt, das wirkliche individuelle Einkommen zu erforschen sucht und zur Steuergrundlage macht, auch die Ungerechtigkeit, welche in der allgemeinen Steuerfreiheit des Obligationsvermögens bestand, beseitigte und eine Steuerprogression nach der Einkommenssteuerquelle einführte. Dagegen ist es weder staatsklug noch gerecht, der Familie wie dem Einzelnen einen gleich hohen Steuerabzug zu bewilligen.

Immerhin ist es ganz begreiflich, dass bei den jetzigen schwierigen Lebensverhältnissen und dem gegenwärtig ziemlich starken und seit 1847 stetig gewachsenen

Steuerdruck ein gewisser Widerwillen gegen das nothwendige Uebel der Steuer (denn ein solches ist dieselbe) sich geltend macht und die Frage aufwirft, ob die Vertheilung der Steuerlast eigentlich eine gerechte sei, ob Vermögen in einem billigen Verhältniss besteuert sei, ob die landwirthschaftliche und die professionelle Bevölkerung gleichmässig belastet sei etc.?

Für die genaue Beantwortung derartiger Fragen ist aber die Statistik gegenwärtig wenigstens bei uns nicht genug vorgerückt; denn da dieselbe eben nicht rationell unserem Staatswesen einverleibt ist, so hält die Herbeischaffung der nöthigen Materialien meist äusserst schwer, und wir müssen uns daher begnügen, einige Hauptpunkte zu beleuchten.

Vertheilung der Steuerlast auf die Steuerobjekte.

Die Handänderungsgebühren sind unten als Steuern auf Besitz, die Wirthschaftsgebühren als Konsumgebühren eingetheilt, denn der Wirth legt dieselbe auf den Konsumenten um. Man kann jedoch auch anderer Ansicht sein und deshalb geben wir für die Hauptabtheilungen die Berechnungen *mit* und *ohne* die Steuern, deren Eintheilung fraglich sein kann.

Staats- und Gemeindesteuern pro 1869 auf	Bezogene Steuer-summe ¹⁾ .	Prozent vom Total.	Per Kopf der Bevölkerung von 1870.
	Fr.		Fr. Ct.
<i>I. Vermögen od. Besitz:</i>			
1. Grundsteuer ²⁾	2,179,710 ³⁾	29,08	4. 34
2. Kapitalsteuer ²⁾	825,610 ⁴⁾	11,02	1. 64
3. ¹⁾ II. und III. Klasse Einkommenssteuer ⁵⁾	409,481 ⁶⁾	5,45	— 81
4. Erbschafts- u. Schenkungsgebühren	140,917	1,89	— 28
5. Handänd.-Gebühren	224,960	3,01	— 45
Mit Handänd.-Gebühren	3,780,678	50,45	7. 53
Ohne »	3,555,718	47,44	7. 08
<i>II. Einkommen von Arbeit:</i>			
²⁾ I. Klasse Einkommenssteuer	662,649 ⁷⁾	8,90	1. 32
<i>III. Konsum:</i>			
1. Zölle	275,000	3,66	— 55
2. Ohmgeld und Brennpatente	1,080,985	14,40	2. 15
3. Salzregal	935,528	12,47	1. 86
4. Wirthschafts-Patentgebühren	250,764	3,35	— 50
Mit Wirthsch.-Gebühren	2,542,277	33,88	5. 06
Ohne »	2,291,513	30,53	4. 56

¹⁾ Dieser Uebersicht liegen für die Staatssteuer die Daten pro 1869 zu Grunde, da die früheren Staatsrechnungen die nöthigen Details nicht angeben.

²⁾ Da die Vertheilung der direkten Gemeindesteuern in Grund-, Kapital- und Einkommenssteuer nicht bekannt ist, so haben wir dieselben im Prozentverhältniss der Staatssteuern auf die verschiedenen Steuerarten repartirt.

³⁾ Wovon Fr. 1,323,803 Staats- und Fr. 855,907 Gemeindesteuern.

⁴⁾ Fr. 507,553 Staats- und Fr. 318,057 Gemeindesteuern.

⁵⁾ II. Klasse: Leibrenten und Pensionen; III. Klasse: Kapitalzins.

⁶⁾ Fr. 258,150 Staats- und Fr. 151,331 Gemeindesteuern.

⁷⁾ Fr. 415,740 Staats- und Fr. 246,909 Gemeindesteuern.

Staats- und Gemeindesteuern auf	Bezogene Steuer-summe.	Prozent vom Total.	Per Kopf der Bevölkerung von 1870.
<i>IV. Abgaben auf Berufsthätigkeit:</i>			
	Fr.		Fr. Ct.
1. Gewerbsgebühren u. Patente	30,424	0,41	— . 06
2. Jagd und Fischerei	31,050	0,41	— . 06
3. Bergbau	7,707	0,10	— . 01
4. Wirthschaftspatente	250,764	3,35	— . 50
Ohne Wirthschafts-Geb. Mit »	69,181 319,945	0,92 4,27	— . 14 — . 64
<i>V. Allgemeine Abgaben:</i>			
Stempel	172,678	2,30	— . 34
Kanzlei- und Gerichtsgebühren	72,335	0,97	— . 14
Gefälle der Gemeinden	193,516	2,58	— . 38
Summa:	438,529	5,85	— . 87
Total der Abgaben:	7,493,314	100,00	14. 95

Nach dieser Uebersicht lastet die Hälfte der gesammten Staats- und Gemeindesteuerlast des Kantons auf Vermögen und Besitz, $\frac{1}{3} = 33\%$ auf dem Konsum (fast ausschliesslich der geistigen Getränke). Die Steuer auf Arbeit, d. h. Einkommen von Arbeit, beträgt $\frac{1}{11} = 8,90\%$ der Steuerlast. Allgemeine Abgaben sind $5,85\%$.

Die Steuer auf Vermögen und Besitz beträgt Fr. 7. 54, die auf Einkommen von Arbeit Fr. 1. 33 per Kopf der Bevölkerung.

Wir sehen somit, dass die Steuer vom Einkommen von Arbeit einen verhältnissmässig geringen Beitrag zur Gesamtsteuersumme liefert; die Steuersumme von Vermögen und Besitz ist bereits sechsmal so hoch. Einen bedeutenden Beitrag liefert die Konsumsteuer. Die Hauptsteuerlast des Kantons Bern ruht auf Vermögen, Grundbesitz und Konsum (hauptsächlich geistiger Getränke).

Vertheilung der direkten Staats- und Gemeindesteuer auf Vermögen und Arbeit.

Die direkte Staats- und Gemeindesteuer vertheilt sich wie folgt pro 1869:

Auf Vermögen und Besitz	Fr.	Prozent.	Per Kopf der Bevölkerung.
Besitz	3,414,800	83,7	Fr. Ct. 6. 79
» Arbeit	662,649	16,3	1. 33
	4,077,449	100,0	8. 12

Von den direkt bezogenen Steuern fallen somit $\frac{5}{6}$ auf Vermögen und Besitz und nur $\frac{1}{6}$ auf Einkommen von Arbeit.

Verhältniss der Steuerlast zur Steuerkraft.

Die oben gegebenen Ziffern an und für sich beweisen indess noch nicht, dass z. B. Vermögen und Besitz relativ stärker besteuert sind als Einkommen von Arbeit; denn dieselben sind nur absolute Werthe, d. h. sie geben an, in welchem Verhältniss die einzelnen Steuerquellen zur Gesamtsteuer beitragen, nicht aber, ob die Steuerkraft der einen Quelle stärker belastet sei als die der andern.

Um zu erfahren, wie stark die Steuerkraft der verschiedenen Steuerquellen in Anspruch genommen wird, resp. ob Vermögen und Besitz stärker belastet sei als Einkommen von Arbeit, muss das *Verhältniss der Steuersumme zur Steuerkraft, resp. zu den besteuerten Werthen*, erforscht werden:

Steuerarten.	Steuerkraft, d. h. besteu-barer Werth.	Bezogene Steuern.	Pro mille der Steuerkraft.
<i>I. Auf Vermögen oder Besitz:</i>			
	Fr.	Fr.	
1. Grundsteuer	689,731,529 ¹⁾	2,179,710	3,16
2. Kapitalsteuer	231,751,052 ²⁾	825,610	3,57
3. II. u. III. Kl. Einkommenssteuer	143,600,000 ³⁾	409,481	2,85
4. Erbschafts- und Schenk.- Abgaben	— ⁴⁾	140,917	—
5. Handänderungs- Gebühren	— ⁴⁾	224,960	—
	1,065,082,581	3,780,678	3,55
<i>II. Einkommen von Arbeit:</i>			
I. Klasse der Einkommenssteuer	690,580,000 ⁵⁾	662,649	0,96

¹⁾ Steuerkapital nach Abzug der Schulden pro 1869.

²⁾ Hier ist der wirklich vorhandene Betrag der Kapitalien ausgesetzt und nicht das gesetzliche Steuerkapital, welches durch Multiplizierung des Zinsertrages mit 25 resultirt.

³⁾ Das reine (versteuerbare) Einkommen der II. und III. Klasse betrug 1869 Fr. 5,319,300; den gesetzlichen Abzug von Fr. 100 von 4247 Steuerpflichtigen hinzugerechnet mit Fr. 424,700, ergibt ein besteuertes Einkommen von Fr. 5,744,000. Dieses Einkommen, à 4 % kapitalisirt, ergibt eine Steuerkraft, resp. ein Steuerkapital, von Fr. 143,600,000.

⁴⁾ Die Steuerkraft von diesen Abgaben ist schon im Grund- und Kapitalsteuer - Kapitel begriffen; denn Handänderungsgebühren werden von Grundstücken, Erbschaftssteuern von Kapital- oder Immobilienvermögen entrichtet.

⁵⁾ Versteuerbares Einkommen ist Fr. 14.330,200, mit Hinzurechnung der gestatteten Abzüge von je Fr. 600 von 22,155 Pflichtigen der I. Klasse = Fr. 27,623,200 à 4 % kapitalisirt, macht obige Steuerkraft von Fr. 715,580,000.

Steuerarten.	Steuerkraft, d. h. besteu- barer Werth.	Bezogene Steuern.	Pro mille der Steuer- kraft.
III. Auf Konsum¹⁾:			
	Fr.	Fr.	
1. Zölle ²⁾	13,750,000	275,000	20,00
2. Ohmgeld ³⁾	(9,579,629)	1,046,000	109,20
3. Salzregal ⁴⁾	645,667	925,005	1432,60
4. Wirthsch.-Patent- gebühren u. Brenn- patente	21,560,836 ⁵⁾	285,749	13,25
Total Konsum:	35,956,503 ⁶⁾	2,531,754	70,41
IV. Abgaben auf Berufs-Aus- übung			
	— ⁷⁾	69,181	—
V. Allgemeine Ab- gaben			
	— ⁸⁾	438,529	—
Total:	1,791,619,084	7,482,791 ⁹⁾	4,18

¹⁾ Hier sind nur annähernde Berechnungen möglich.

²⁾ Wir nehmen an, der Werth der eingeführten Waaren betrage circa das Fünfzigfache des Zolles, ein Ansatz, den wir aus dem Mittel der Getreide- und Weineinfuhr schöpfen. Der Werth des Getreides beträgt circa das Hundertfache des Zolles (15 Cent, per Zentner); die Einfuhr von Getreide und Hülsenfrüchten macht allein schon, nach dem Gewicht berechnet, 40 % der Totaleinfuhr. Der Zoll auf Wein ist circa $\frac{1}{10}$ des Werthes; die Einfuhr macht $\frac{1}{10}$ der Zollwaare aus.

³⁾ 1869. Eingeführter Wein in Fässern: 9,975,235 Maass à 80 Cent. = Fr. 7,977,188; Obstwein und Bier: 286,948 Maass à 30 Cent. = Fr. 86,084; Wein in Flaschen: 41,729 Maass à Fr. 5 = Fr. 208,645; Weingeist, Branntwein und Liqueurs: 653,856 Maass à Fr. 2 = Fr. 1,307,712. Zusammen: Werth der eingeführten Getränke (Steuerkraft): Fr. 9,579,629.

⁴⁾ Verkauft wurden 1869 Kochsalz: 155,704 Zentner = Fr. 1,557,041, Düngsalz: 5000 Zentner = Fr. 13,631; Bruttoeinnahmen Fr. 1,570,672. Ankaufspreis des Salzes Fr. 434,684, Verwaltungs- und Verkaufskosten Fr. 210,983; somit wirklicher Werth des Salzes, resp. steuerbarer Werth, Fr. 645,667; Reingewinn Fr. 925,005.

⁵⁾ Weinkonsum, eingeführt für Fr. 7,977,188 (siehe oben); Mehrwerth im Verkauf und Ausschanken 70 %, Flaschenweine 100 %, Total Konsumtionswerth Fr. 13,978,509. Bier und Obstwein, eingeführt für Fr. 86,084, mit Zuschlag von 30 % Fr. 111,909. Eigene Bierproduktion; der Bierkonsum der Schweiz wird auf 30 Millionen = 12,3 Maass per Einwohner berechnet; nach diesem Verhältniss betrage die Konsumtion im Kanton Bern 6,171,955 Maass, bleibt eigene Produktion, nach Abzug des schon verrechneten eingeführten Quantums von 254,830 Maass, 5,917,125 Maass à 45 Cent. = Fr. 2,662,706; Gesamtwert der Bier- und Obstweinkonsums Fr. 2,774,615. Branntweinkonsum: eingeführtes Quantum, mit 50 % Mehrwerth im Konsum, Fr. 1,961,568; nach Schätzung eines Fachmannes beträgt der Branntweinkonsum im Kanton Bern circa $3\frac{1}{2}$ Millionen Maass (7 Maass per Einwohner); die Einfuhr von 653,856 Maass abgerechnet, bleibt eigene Produktion 2,846,146 Maass à Fr. 1 = Fr. 2,846,144; Gesamtwert des konsumirten Branntweins, Liqueurs etc. somit Fr. 4,807,712. Total des Werthes der konsumirten Getränke: Wein Fr. 13,978,709, Bier etc. Fr. 2,774,615. Branntwein etc. Fr. 4,807,712; Summa steuerbarer Werth: Fr. 21,560,836.

⁶⁾ Der steuerbare Werth der eingeführten Getränke, d. h. das Steuerkapital des Ohmgeldes, ist im Total nicht mitgerechnet, da dasselbe im Konsumtionskapital bei 4) begriffen ist.

⁷⁾ Im Einkommenssteuerkapital begriffen.

⁸⁾ Im Vermögens- und Einkommenssteuerkapital begriffen.

⁹⁾ Stimmt um Fr. 10,523 nicht mit der früheren Uebersicht, weil in letzterer der ganze Nettogewinn des Salzregals, hier aber nur der Gewinn vom verkauften Salz berechnet werden musste.

Nach dieser Uebersicht beansprucht die gesammte Staats- und Gemeindesteuerlast $4,18 \text{ ‰} = \frac{1}{250}$ der vorhandenen Steuerkraft, d. h. des steuerbaren Kapitals der steuerpflichtigen Staatsbürger an Vermögen und kapitalisirtem Einkommen, und des Werthes von gewissen Konsumtionsgegenständen.

Auf absolute Genauigkeit können diese Ziffern freilich nicht Anspruch machen; immerhin mögen dieselben doch annähernd das Verhältniss der Steuerhöhe angeben.

Die Steuer auf Vermögen und Besitz beträgt $3,55 \text{ ‰}$ des Kapitals, die auf Einkommen von Arbeit nur $0,96 \text{ ‰}$. Somit wäre Vermögen und Besitz viermal so stark besteuert als Arbeit, d. h. Einkommen von Arbeit. Dabei ist freilich nicht zu vergessen, dass der Steuer auf Vermögen und Besitz ein reell vorhandenes Kapital zu Grunde liegt, während der steuerbare Werth der Steuer auf Arbeit (Einkommen von Arbeit) nur in einem durch Arbeit zu realisirenden Kapital besteht. Ferner ist zu beachten, dass die Grundlagen der beiden Steuerziffern nicht ganz gleich sind; wir haben bei der Steuer auf Einkommen von Arbeit eine Rente von 4 ‰ angenommen und dasselbe zu 4 ‰ kapitalisirt; wenn nun das Steuerkapital von Vermögen und Besitz auch nur 4 ‰ rentiren, d. h. wenn das Einkommen von Vermögen und Besitz auch nur 4 ‰ des Kapitals betragen würde, dann wären die Grundlagen gleich. Nun ist aber anzunehmen, das Einkommen von Vermögen und Besitz betrage mehr als 4 ‰ .

Die Steuerziffer von $3,55 \text{ ‰}$ auf Vermögen und Besitz ist somit um so viel *zu hoch* und die Differenz, d. h. die relative Mehrbelastung von $2,96 \text{ ‰}$, gegenüber der Steuerziffer auf Arbeit ist um so viel geringer, als das Einkommen von Vermögen und Besitz mehr als 4 ‰ beträgt.

Würde z. B. Vermögen und Besitz ein Einkommen von 5 ‰ ergeben, so wäre die Steuerkraft grösser, folglich das Verhältniss der bezogenen Steuern, resp. die Steuerziffer, geringer.

Um das Verhältniss der Besteuerung von Vermögen und Besitz gegenüber der Steuer von Arbeit genau zu berechnen, sollte man also das wirkliche Einkommen von Vermögen und Besitz kennen. Da wir aber dies nicht kennen, müssen wir uns auf andere mehr oder minder richtige Weise helfen. Nehmen wir z. B. an, Vermögen und Besitz ergeben ein Einkommen von 5 ‰ , somit Fr. 53,254,129, so beträgt die Steuer $71,1 \text{ ‰}$, die von Arbeit $24,2 \text{ ‰}$ des Einkommens. Statt $3,55$ zu $0,96$ würde somit die Steuerziffer von Vermögen und Besitz sich zu derjenigen von Arbeit nur wie $7,1$ zu $2,4$ verhalten.

Man kann jedenfalls mit Sicherheit den Schluss ziehen, dass, obwohl das Verhältniss der Steuerhöhe von Vermögen und Besitz zu der von Arbeit nicht genau festgestellt werden kann, *Vermögen und Besitz doch bedeutend stärker besteuert ist als Arbeit, d. h. Einkommen von Arbeit.*

Hiezu kommt noch, dass bei der Einkommenssteuer viel leichter und viel grössere Verheimlichungen der steuerbaren Summen vorkommen können und geschehen als bei der Vermögenssteuer.

Die Steuer auf Konsumtions-Gegenstände beträgt $70,41 \text{ ‰} = \frac{1}{14}$ des Werthes derselben oder Fr. 5. 06 per Kopf der Bevölkerung.

Man kann somit sagen, dass der Konsum geistiger Getränke und gewisser Waaren sehr stark belastet ist.

Rechnen wir die Salzsteuer ab, so beträgt die Steuer auf dem Konsum nur $45,5 \text{ ‰}$ des Werthes der betreffenden Waaren.

Das Ohmgeld auf Wein und geistigen Getränken beträgt 109 pro mille oder circa $\frac{1}{10}$ des Werthes, was einer starken Steuer gleichkommt.

Rechnet man zum Ohmgeld die Wirthschafts- und Brennpatentgebühren, so stellt sich die

gesamte Getränksteuer

im Kanton Bern wie folgt:

	Fr.
Besteuerbarer Werth des Getränkkonsums	21,560,836
Auf Getränkeinfuhr, Ausschanken und Fabrikation bezogene Steuern	1,331,749
oder 61,8 pro mille des Werthes.	

Ein Konsument, welcher für Fr. 100 Wein oder sonstige geistige Getränke genießt, muss somit rechnen, dass er damit dem Staat eine Steuer von Fr. 6. 18 entrichtet.

Die Steuer, welche in Form von Wirthschafts- und Brennpatentgebühren bezogen wird, beträgt $1,3 \text{ ‰}$ des Konsumwerthes der Getränke.

Der Reingewinn des Staates am Salzmonopol ist gleich einer Steuer von 143 ‰ oder $1\frac{1}{2}$ mal den eigentlichen Werth des Salzes. Der Salzverbrauch betrug im Jahr 1869 durchschnittlich 32 Pfund per Einwohner; eine Familie von vier Köpfen brauchte somit 128 Pfund und bezahlte dafür Fr. 12. 80; die 128 Pfund hatten einen reellen Werth von Fr. 5. 12, die übrigen Fr. 7. 68 sind Staatssteuer. Ein Pfund Salz kostet 10 Cent., davon sind 6 Cent. Steuer, 4 Cent. Salzwerth.

Hienach kann Jedermann selbst berechnen, was er unter dieser sogenannten indirekten Form dem Staat nebst direkten Steuern leisten muss.

Natürlich haben die in Bezug auf Konsumtionsbesteuerung hier berechneten Werthe nur hypothetischen Werth, indem genauere Daten über den Werth des Besteuerbaren darüber nicht vorliegen; immerhin werden die berechneten Steuerziffern kaum wesentlich von der Wirklichkeit abweichen.

Die Steuerlast im Verhältniss zum Einkommen.

Sämmtliche Steuern lasten auf dem Einkommen, d. h. müssen vom Einkommen der Staatsbürger bestritten werden. Die Steuern können eben so wenig als andere Ausgaben aus dem Kapital selbst bestritten werden, sonst zehren sie dasselbe auf und führen den Ruin herbei.

Es ist also klar, dass *allein* das Einkommen der Staatsbürger, d. h. der Ertrag des Vermögens und der Arbeit derselben, besteuertes Objekt sein kann und dass allein das Verhältniss der Steuerlast zum Einkommen die relative Höhe des Steuerbezuges anzeigt.

Wenn das wirkliche Einkommen der Staatsbürger bekannt wäre, so würden damit alle Schwierigkeiten, die bis dato überall einer billigen, gerechten Vertheilung der

Steuerlast entgegenstehen, gelöst sein; es wäre möglich, die Steuerhöhe, d. h. das Verhältniss der Steuer zur Steuerkraft, genau zu berechnen und die verschiedenen Klassen der Gesellschaft nach einem billigen, gerechten Verhältniss zu belasten.

Obschon nun die Summe des *wirklichen* Einkommens der Staatsbürger unseres Kantons unbekannt ist und wir also die wahre Steuerziffer nicht berechnen können, so wollen wir doch den Versuch wagen, die Steuerhöhe (Verhältniss der Steuerlast zur Steuerkraft) auf Grundlage des *bekanntesten* besteuerten Einkommens und Vermögens zu berechnen.

Nehmen wir an, das Steuerkapital von Fr. 1,065,082,581 an Vermögen und Besitz ergebe einen Ertrag von 5 ‰ , so ist dasselbe gleich einem Einkommen von Fr. 53,254,129. Zählen wir dazu das Einkommen (von Arbeit) erster Klasse Einkommenssteuer und vergleichen damit die Steuerlast, so erhalten wir folgendes Bild:

Steuern auf	Einkommen, à 5 ‰ berechnet.	Steuerlast.	Prozent des Ein- kommens.
Vermögen und Besitz (das Einkommen à 5 ‰ berechnet)	Fr. 53,254,129	Fr. 3,780,678	7,1
Einkommen v. Arbeit: I. Kl. Einkommens- steuer (besteuerte Summe)	27,623,200	662,649	2,4
Uebrigere Steuerlast	—	3,049,987	—
Total:	80,877,329	7,493,314	9,3

Nach dieser Berechnung würde sich somit die Totalsumme des Einkommens der *besteuerten* Staatsbürger auf circa 80 Millionen belaufen, wovon $65,8 \text{ ‰}$ von Vermögen und $34,2 \text{ ‰}$ von Arbeit. Von diesem einzig besteuerten Werth beansprucht der Staats- und Gemeindehaushalt $9,3 \text{ ‰}$, oder: $9,3 \text{ ‰}$ des bekannten besteuerten Einkommens der Staatsbürger von Vermögen und Arbeit werden für das Gemeinwesen verwendet.

Die Steuerziffer, resp. das Verhältniss der bezogenen Steuern zum besteuerbaren Werth, d. h. zum Einkommen der besteuerten Staatsbürger betrüge nach obigen Ziffern $9,3 \text{ ‰}$ oder fast ein Zehntel.

Dies wäre allerdings eine sehr hohe Steuerziffer; glücklicherweise ist dieselbe in Wirklichkeit nicht so hoch, denn bekanntlich wird die Summe des Vermögens und Einkommens in den Steuerschätzungen stets bedeutend unter der Wirklichkeit angegeben und versteuert; ferner entschlüpfen bei der Einkommenssteuer gewiss eine Menge Personen und Einkommenswerthe der Einkommensschätzung und das Einkommen von im Ausland angelegten Kapitalien bleibt ebenfalls unbekannt und unversteuert.

Wir können uns somit allerdings damit trösten, dass die Steuerziffer in Wirklichkeit, d. h. im Verhältniss zum gesammten Einkommen der Landeseinwohner, nicht $9,3 \text{ ‰}$ beträgt; umgekehrt zeugt dieselbe aber dafür, dass ein grosser Theil, vielleicht die Hälfte des Gesamteinkommens der Einwohner, *unbesteuert* bleibt und dass die Steuerlast unseres Kantons die bekannten besteuerten Werthe allerdings stark in Anspruch nimmt und bereits den Zehntel davon ausmacht.

Tabelle II.

Die direkte und indirekte Staatssteuerlast

Jahre.	Steuer- bezug. ‰ der Grund- steuer.	Direkte Steuern. Grund-, Kapital- und Ein- kommens- steuer. Brutto.	I n d i r e k t e				
			Salzregal. Nettoertrag.	Erbschafts- und Schenkungs- abgaben. Brutto.	Hand- änderungs- gebühr. Brutto.	Zoll- ent- schädigung. Brutto.	Ohngeld und Brenn- patente. Brutto.
		Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1847	1	1) 816,992	736,127	—	108,081	4) 325,039	571,975
1848	1	1) 812,423	730,481	—	118,085	4) 359,866	765,151
1849 ²⁾	1 1/2	2) 1,255,379	657,988	—	118,013	4) 334,891	739,332
1850	1	2) 828,548	697,725	—	108,820	4) 249,801	765,271
1851	1	2) 828,477	669,245	—	110,511	253,623	779,887
1852	1	2) 832,245	567,170	—	109,507	253,505	812,926
1853	1	859,714	636,133	41,862	117,823	271,417	764,062
1854	1 2/10	965,042	683,400	115,676	124,798	275,000	640,334
1855	1 6/10	1,304,585	710,081	131,525	123,316	275,000	631,764
1856	1 6/10	1,353,253	722,370	101,363	126,272	275,000	783,608
1857	1 6/10	1,346,315	711,719	117,864	140,813	275,000	892,119
1858	1 6/10	1,378,563	759,418	89,652	136,062	275,000	854,354
1859	1 6/10	1,400,595	812,717	89,677	145,676	275,000	998,857
1860	1 6/10	1,384,394	817,089	10) 110,532	163,906	275,000	980,607
1861	1 6/10	1,393,656	791,848	155,363	168,711	275,000	961,728
1862	1 6/10	1,401,271	773,620	101,335	169,477	275,000	990,670
1863	1 6/10	1,417,683	819,147	122,423	176,081	275,000	1,014,688
1864	1 6/10	1,447,290	851,457	112,919	189,466	275,000	1,057,280
1865	1 6/10	1,459,850	854,652	271,808	171,392	275,000	1,057,007
1866	1 6/10	1,894,775	831,963	176,959	171,963	275,000	1,081,773
1867	1 6/10	1,867,340	314,016	162,310	164,359	275,000	1,028,695
1868	2	2,416,030	876,527	126,572	168,097	275,000	1,023,261
1869	2	2,488,002	935,528	140,917	224,960	275,000	1,080,985
1870	2	2,506,296	977,858	258,335	159,269	275,000	7) 1,081,400
Summa der 24 Jahre:	35 5/10	33,613,718	18,438,279	2,427,092	3,515,458	6,723,142	21,357,734
Durchschnitt per Jahr .	1,9	1,400,572	768,262	134,838	146,477	280,131	889,906
Vermehrung:							
a. 1870 gegen 1847	1	1,689,304	241,731	142,659	51,188	50,039	509,425
in Prozenten	—	+ 206,8	+ 32,8	+ 123,3	+ 47,3	— 15,3	+ 89,1
b. des Durchschnittes von 1867—70 gegen 1847—70, in Prozenten .	—	+ 149,8	+ 27,7	—	+ 58,2	—	+ 48,3
Durchschnittlicher Steuerbetrag per Jahr von							
1847—50	1,12	928,336	705,580	—	113,250	317,399	710,432
1851—54	1,05	871,369	638,987	115,676	115,660	263,386	749,302
1855—58	1,60	1,345,679	725,897	110,101	131,616	275,000	790,461
1859—62	1,60	1,394,979	798,819	114,227	161,942	275,000	982,965
1863—66	1,60	1,543,649	839,305	171,027	177,225	275,000	1,052,687
1867—70	1,90	2,319,417	900,982	172,034	179,171	275,000	1,053,585
Vermehrung gegenüber der vorher- gehenden Periode, in Prozenten:							
1851—54	—	— 6,1	— 9,4	—	+ 2,1	— 17,0	+ 5,5
1855—58	—	+ 54,1	+ 13,6	— 4,8	+ 13,8	—	+ 5,5
1859—62	—	+ 3,6	+ 10,0	+ 3,7	+ 23,0	—	+ 24,4
1863—66	—	+ 10,6	+ 5,1	+ 49,6	+ 9,4	—	+ 7,1
1867—70	—	+ 50,3	+ 7,3	+ 0,6	+ 1,1	—	+ 0,1

¹⁾ Der Steuerbezug pro 1847 fand wegen dem Sonderbundskrieg erst im Jahr 1848 und derjenige von 1848 zum grössten Theil im Jahr 1849 statt; die Staatsrechnungen zeigen daher nicht die richtigen Steuersummen des betreffenden Jahres. Wir haben hier die wirklichen Jahressteuersummen ausgesetzt.

²⁾ Der Bundesrath verlangte damals die Einzahlung eines ganzen Geldkontingents von Fr. 148,530 für Bern, welches ohnehin 24,000 Mann aufbieten musste.

³⁾ Von den direkten Steuern dieser Jahre konnten wir trotz Nachforschung im Verwaltungsbericht und den Grossrathsverhandlungen nur die Reineinnahmen in Erfahrung bringen; um Ungleichheiten zu vermeiden, haben wir nun zum Reinertrag nach Analogie in andern Jahren 5 % als Bezugskosten hinzugerechnet.

⁴⁾ Bis und mit 1849 figurirt hier die kantonale Zolleinnahme, von 1850 an die Zollentschädigung vom Bunde.

⁵⁾ Diese Ziffern sind betreffs der ersten Jahre etwas unsicher, da die Rechnungen und Verwaltungsberichte den Ertrag der Bergbauabgaben vom Ertrag der gesammten Bergbauverwaltung nicht unterschieden.

seit Einführung direkter Steuern. 1847–1870.

Staatsabgaben.						Summa eigentliche Staats- abgaben.	Uneigentliche Steuern.		Gesamt- total aller Steuern, eigent- licher und uneigent- licher.
Stempel- abgabe. Brutto.	Patent- und Konzessions- gebühren.	Jagd und Fischerei.	Bergbau- abgaben. Brutto ⁶⁾ .	Kanzlei- und Gerichts- gebühren.	Total indirekte Abgaben.		Bussen und Konfis- kationen.	Militär- steuer ⁶⁾ .	
Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
127,511	196,662	16,979	—	62,704	2,145,078	2,962,070	20,626	21,001	3,003,697
127,334	204,424	20,266	8,351	60,156	2,394,114	3,206,537	22,233	32,701	3,261,471
113,971	195,521	21,737	9,947	55,410	2,246,810	3,502,189	20,649	85,388	3,608,226
104,236	191,536	20,363	14,856	41,084	2,193,692	3,022,240	30,417	71,921	3,124,578
103,591	193,182	19,461	10,992	36,346	2,176,838	3,005,315	23,504	54,322	3,083,141
121,343	198,611	18,475	10,003	43,607	2,135,147	2,967,392	17,714	44,005	3,029,111
123,613	214,151	19,745	14,290	44,312	2,247,408	3,107,122	24,329	26,628	3,158,089
118,977	189,481	19,014	14,862	47,903	2,229,445	3,194,487	17,738	32,386	3,244,611
122,823	183,499	19,143	10,370	57,715	2,265,236	3,569,821	15,960	41,067	3,626,848
118,806	184,131	20,659	21,534	57,644	2,411,387	3,764,640	15,379	40,570	3,820,590
109,392	185,393	22,345	15,789	51,600	2,522,034	3,868,349	17,000	48,310	3,933,659
138,190	184,132	23,279	22,138	54,862	2,537,087	3,915,650	18,462	47,974	3,982,086
124,253	192,678	26,082	19,286	51,419	2,735,645	4,136,240	20,214	54,383	4,210,837
128,521	195,745	25,315	9,861	57,065	2,763,641	4,148,035	18,355	60,559	4,226,949
139,141	207,080	26,988	9,984	57,255	2,793,098	4,186,754	15,558	60,753	4,263,065
143,961	212,656	29,115	12,746	55,372	2,763,952	4,165,223	17,614	60,390	4,243,227
149,417	228,617	28,550	12,046	56,433	2,882,402	4,300,035	20,562	160,351	4,480,998
165,527	237,611	31,304	11,604	52,098	2,984,266	4,431,556	27,251	154,653	4,613,460
158,447	250,134	30,711	11,446	59,941	3,140,538	4,600,388	26,570	165,844	4,792,802
166,565	263,456	33,299	10,269	71,949	3,083,196	4,932,971	16,604	172,102	5,121,677
168,758	264,374	30,624	8,263	67,237	2,983,636	4,850,976	18,090	180,641	5,049,707
178,584	267,973	30,419	8,713	68,603	3,023,749	5,439,779	18,281	190,315	5,648,375
172,678	281,188	31,050	7,707	72,335	3,222,348	5,710,350	20,461	193,114	5,923,925
7) 167,314	312,223	25,017	14,327	62,799	3,333,542	5,839,838	18,667	7) 213,808	6,072,313
3,292,953	5,234,458	589,940	289,384	1,345,849	63,214,289	96,828,007	482,238	2,213,186	99,523,431
137,206	218,102	24,582	12,058	56,076	2,633,929	4,034,500	20,093	92,216	4,187,287
39,803 + 31,2	115,561 + 58,7	8,038 + 47,3	5,976 + 71,0	95 + 0,1	1,188,464 + 55,4	2,877,768 + 97,2	— 1,989 — 9,5	192,807 + 918,1	3,068,616 + 102,1
+ 45,3	+ 42,8	+ 47,6	+ 11,7	+ 23,5	+ 39,9	+ 72,2	— 19,6	+ 272,1	+ 74,6
118,263	197,036	19,836	11,051	54,838	2,244,923	3,173,259	23,481	52,253	3,249,493
116,881	198,856	19,174	12,537	43,042	2,197,210	3,068,579	20,821	39,335	3,128,735
112,303	184,289	21,356	17,458	55,455	2,433,936	3,779,615	16,700	44,490	3,840,795
133,969	202,040	26,875	12,969	55,278	2,764,084	4,159,063	17,935	59,021	4,236,020
159,989	244,954	30,966	11,341	60,105	3,022,601	4,566,250	22,747	163,237	4,752,235
171,834	281,439	29,277	9,753	67,743	3,140,819	5,460,236	18,875	194,469	5,673,579
— 4,1	+ 0,9	— 3,3	+ 13,4	— 21,5	— 2,1	— 3,3	— 12,8	— 32,8	— 3,7
— 3,9	— 7,3	+ 11,4	+ 39,2	+ 28,8	+ 10,8	+ 23,2	— 24,7	+ 13,1	+ 22,7
+ 19,3	+ 8,8	+ 25,8	— 25,7	— 0,3	+ 13,5	+ 10,0	+ 7,4	+ 32,6	+ 10,2
+ 19,4	+ 21,2	+ 15,2	— 12,5	+ 8,7	+ 9,4	+ 9,8	+ 26,8	+ 176,5	+ 12,2
+ 7,4	+ 14,9	— 5,4	— 14,0	+ 12,7	+ 3,9	+ 19,6	— 17,0	+ 19,1	+ 19,4

⁶⁾ Von den Jahren 1847 bis und mit 1861 konnten wir nur die Reineinnahme finden und haben daher die Summe durch Addition von Fr. 3000 für Taxationskosten etc. ergänzt.

⁷⁾ Die Rechnung pro 1870 ist noch nicht aufgestellt; ein Auszug enthält nur die Reineinnahmen, welche wir durch Hinzurechnung der Bezugskosten etc. von 1869 ergänzt haben.

⁸⁾ In diesem Jahr tritt das neue Gesetz über die Vermögenssteuer in Kraft; genaueres Schätzungssystem; gleichzeitig wurde die Schätzungsrevision durchgeführt.

⁹⁾ Infolge Grundsteuer Schätzungsrevision; Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Einkommenssteuer und Ausdehnung derselben auf den Jura.

¹⁰⁾ Inkrafttreten des neuen Gesetzes; erhöhte Taxe.

III. Die Staatssteuern.

Die Tabelle II gibt eine Uebersicht der gesammten Staatssteuerlast seit 1847, d. h. seit Einführung direkter Steuern. Es geht daraus hervor, dass in den 24 Jahren 1847—1870 an den Staat an *eigentlichen* Steuern in direkter und indirekter Form entrichtet worden sind:

Steuern.	Summe.	Prozent vom Total.	Auf 1 Einwohner (mittlere Bevölkerung von 1860).
	Fr.		Fr.
Direkte . . .	33,613,718	34,71	72
Indirekte . . .	63,214,289	65,29	135
Im Ganzen:	96,828,007	100,00	207

Rechnet man hiezu die Militärsteuer, die Bussen und Konfiskationen, so beträgt die Summe der seit 1847 bezogenen Steuern Fr. 100,494,879.

Betreffniss der durchschnittlichen Steuerlast seit 1847 auf 1 Einwohner und 1 erwerbende Person.

Von 1847—1870 bezog der Staat Fr. 207 Steuern per Einwohner, wovon Fr. 72 direkt.

Die durchschnittliche jährliche Staatssteuersumme beläuft sich auf Fr. 4,034,500. Dies macht per Kopf der mittlern Bevölkerung Fr. 8. 63 und auf eine erwerbende Person Fr. 18. 61.

Vertheilung der Staatssteuer von 1847—1870 auf die verschiedenen Steuerquellen.

Die seit 1847 entrichteten Staatssteuern vertheilen sich wie folgt:

Steuerquellen.	Durchschnittlicher Steuerbetrag von 1847—1870.	Prozent vom Total.	Auf 1 Kopf der mittlern Bevölkerung.
I. Direkte Steuern:			
Grund-, Kapital- und Einkommenssteuer . . .	Fr. 1,400,572	34,71	Fr. Ct. 2. 99
II. Indirekte Steuern:			
1. Ohmgeld	889,906	22,06	1. 90
2. Salzregal	768,262	19,04	1. 64
3. Zoll	280,131	6,94	— 60
4. Patent- und Konzessionsgebühren . . .	218,102	5,41	— 47
5. Handänd.-Gebühren	146,477	3,63	— 31
6. Stempelabgabe . . .	137,206	3,40	— 29
7. Erbschaftsabgabe . .	101,129	2,51	— 21
8. Kanzlei- u. Gerichtsgebühren	56,076	1,39	— 12
9. Jagd und Fischerei . .	24,582	0,61	— 05
10. Bergwerke	12,058	0,30	— 02
Summa indirekte:	2,633,929	65,29	5. 64
Im Ganzen:	4,034,500	100,00	8. 64

Diese Uebersicht zeigt, dass die direkten Steuern seit ihrer Einführung nur $\frac{1}{3}$ der gesammten Staatssteuer deckten; $\frac{2}{3}$ der Staatssteuerlast wurden durch indirekte Steuern aufgebracht. Dieses Faktum ist ganz geeignet, jeden Bürger zum Nachdenken über die Frage der indirekten Steuern anzuregen. Man hört über Steuerdruck klagen, wenn die Zeit zur Steuerentrichtung da ist; ein Familienvater klagt, wenn er von Fr. 1500 Verdienst eine Steuer von Fr. 25 bezahlen muss; er denkt aber gewöhnlich nicht daran, dass ihm der Staat ausserdem auf indirekte, von ihm nicht beachteten Weise das Doppelte dieses Betrages abnimmt und dass er eben nicht bloss diese Fr. 25, sondern viel mehr steuert.

Eine sehr ergiebige Einkunftsquelle ist das Ohmgeld, welches 22 % der Staatssteuer ausmacht; dann folgt das Salzregal mit 19 % der Gesamtsteuer, alle übrigen Steuerquellen trugen weniger als 7 % zur Deckung der Staatssteuerlast bei.

Diese Verhältnisse haben, wie gesagt, Bezug auf die Periode 1847—1870.

In den letzten fünf Jahren 1865—1869 haben sich dieselben etwas geändert, wie Tabelle I: «Die eigentliche Staats- und Gemeindesteuerlast» zeigt. Wir finden da 40 % statt 35 % direkte und 60 % statt 65 % indirekte Steuern; das Ohmgeld beträgt 20 % statt 22 %, und das Salzmonopol 16 % statt 19 %, der Staatssteuersumme. Um Wiederholungen zu vermeiden, verweisen wir im Uebrigen in Bezug auf die gegenwärtigen faktischen Verhältnisse auf die Tabelle I, welche eine Uebersicht des Betrages der Staatssteuern und der einzelnen Steuerquellen von 1865—69 enthält, die Prozentziffer angibt, in welcher jede Steuerquelle zur Gesamtsteuer beiträgt, und angibt, wie viel letztere per Kopf der Bevölkerung ausmacht.

Vertheilung der Staatssteuerlast auf Vermögen, Arbeit, Konsum etc.

Wir können diese Zusammenstellung nur auf Grund der Daten von 1869 machen, da die Ziffern der früheren Jahre nicht genügend getrennt vorliegen.

Die Spezifikation der hier ausgesetzten Totalsummen haben wir oben, Seite 52 und 53, mitgetheilt.

Steuern.	Bezogene Steuern.	Prozent vom Total.	Per Kopf der Bevölkerung von 1870.
I. Auf Vermögen und Besitz ¹⁾	Fr. 2,455,383	42,87	Fr. Ct. 4. 89
II. Auf Einkommen von Arbeit ²⁾	415,740	7,26	— 84
III. Konsum ³⁾	2,542,277	44,38	5. 06
IV. Abgaben auf Berufsthätigkeit ⁴⁾	69,181	1,21	— 14
V. Allgem. Abgaben ⁵⁾	245,013	4,28	— 49
	5,727,594	100,00	11. 41

¹⁾ Grund-, Kapital- und II. und III. Klasse Einkommenssteuer, Erbschaftssteuer und Handänderungsgebühren.

²⁾ I. Klasse Einkommenssteuer.

³⁾ Zollentschädigung, Ohmgeld, Salzregal, Wirtschafts- und Patentgebühren.

⁴⁾ Gewerbsgebühren, Jagd und Fischerei, Bergbau.

⁵⁾ Stempel-, Kanzlei- und Gerichtsgebühren.

Wir sehen aus dieser Uebersicht, dass die Steuer auf Konsum den grössten Beitrag zur gesammten Staatssteuersumme liefert, nämlich 44,38 %, also bereits die Hälfte. Die Steuern auf Vermögen und Besitz betragen 42 % = circa $\frac{2}{5}$ der Staatssteuerlast. Vermögen und Konsum sind also die Hauptsteuerquellen des Kantons, die übrigen Faktoren tragen nur in relativ geringem Verhältniss zur Steuerlast bei; Arbeit, d. h. Einkommen von Arbeit, wird nur im Verhältniss von 7 zu 100 besteuert.

Die Staatssteuerlast des Kantons Bern theilt sich also: 1) in Steuern auf dem Konsum (hauptsächlich geistiger Getränke) zu 44 $\frac{1}{2}$ %; 2) in Steuern auf Vermögen und

Besitz zu 43 %; 3) in Steuern auf Einkommen von Arbeit zu 7 %, und 4) in Abgaben allgemeiner Natur, namentlich Stempelgebühren und Gebühren verschiedener Natur zu 5 $\frac{1}{2}$ %.

Verhältniss der Staatssteuer zur Steuerkraft, resp. zum Werth der besteuerten Objekte und zum Einkommen der Staatsbürger.

Um Wiederholungen zu vermeiden, geben wir hier nur die Hauptziffern; die einzelnen Faktoren und Ziffern, woraus letztere bestehen, sind bereits S. 52 hievor angeführt.

Steuern auf	Steuerkraft:			Dieselben betragen pro mille:	
	a. Kapitalisirte.	b. Einkommen, berechnet à 5 % bei I. Vermögen und Besitz.	Bezogene Steuern.	a. Von der kapitalisirten Steuerkraft.	b. Von dem berechneten Einkommen.
	Fr.	Fr.	Fr.		
I. Vermögen und Besitz	1,065,082,581	53,254,129	2,455,383	2,31	46,11
II. Einkommen von Arbeit	690,580,000	27,623,200	415,740	0,60	15,05
III. Konsum	(35,956,503)	—	2,542,277	70,70	—
IV. } Uebrige Abgaben	—	—	314,194	—	—
V. }					
Im Ganzen:	1,791,619,084	80,877,329	5,727,594	3,20	70,82

Die Staatssteuersumme beträgt somit 3,20 ‰ der (bekannten) Steuerkraft der Staatsbürger.

Die höchste Steuerquote ist die auf dem Konsum gewisser Waaren, bereits ausschliesslich geistiger Getränke und Wein, nämlich 70 ‰. Auf Vermögen und Besitz lastet eine Steuerziffer von 2,31 ‰, auf Arbeit (d. h. Einkommen von Arbeit) eine solche von 0,60 ‰.

Im Verhältniss zum berechneten Einkommen der Staatsbürger beträgt die Staatssteuersumme 70,8 ‰ oder auf Fr. 100 Einkommen kommen Fr. 7 Staatssteuer.

Die Vermehrung der Staatssteuerlast im Total und nach den einzelnen Steuerquellen von 1847–1870.

Es ist eine gewöhnliche und allgemeine Klage, dass die Steuerlast beständig wachse. Diese Klage ist so allgemein, dass man sie wohl als universelle, internationale bezeichnen kann, allen Staaten und Nationen gemein.

Das allgemeine Unbehagen, welches die gesellschaftlichen Zustände der Neuzeit namentlich unter dem Arbeiterstand hervorrufen, verleiht der Steuerfrage stets grössere Wichtigkeit; dieselbe bildet daher einen wichtigen Faktor der sozialen Frage, welche die Aufmerksamkeit der Nationen wie der Regierungen fesselt.

Wir wollen nun, nachdem wir gesehen, wie hoch die Steuerlast sei und wie stark dieselbe die besteu-

baren (bekannten) Werthe des Landes belaste, auch betrachten, wie es sich mit der Vermehrung der Steuerlast im Kanton Bern verhalte.

Wenn man von Vermehrung der Steuern, grösserem Steuerdruck spricht, so muss man unterscheiden:

1) Die absolute Vermehrung des Steuerbetrages.

Wenn ein Bürger im Jahr 1847 von Fr. 100,000 à 1 ‰ Fr. 100, 1870 aber von Fr. 200,000 Fr. 200 bezahlte, so ist dies eine absolute Vermehrung der Steuer, nicht aber eine Vermehrung in Wirklichkeit, d. h. verhältnissmässig.

2) Die wirkliche verhältnissmässige Vermehrung der Steuerlast.

Wenn aber Fr. 100,000 im Jahr 1847 à 1 ‰ Fr. 100, im Jahr 1870 à 2 ‰ Fr. 200 bezahlten, so ist die Steuerlast auch verhältnissmässig, d. h. in Wirklichkeit, um Fr. 100 oder 100 % schwerer.

3) Das Verhältniss der wirklichen Vermehrung der Steuerlast zum früheren und gegenwärtigen Geldwerth.

1. Die absolute Vermehrung des Steuerbetrages.

Am Fuss der Tabelle II ist der Durchschnitt der erhobenen Steuern periodenweise angegeben.

Wir sehen daraus, dass die Summe der eigentlichen Staatsabgaben, die in den Jahren 1847—1850 durchschnittlich Fr. 3,173,259 betragen hatte, in den letzten vier Jahren 1867—1870 auf Fr. 5,460,236 angestiegen ist. Im Jahr 1847 belief sich der Betrag der eigentlichen Staatsabgaben auf Fr. 2,962,070; im Jahr 1870 betragen dieselben Fr. 5,839,838, also bereits das Doppelte, d. h. Fr. 2,877,768, oder circa 100 % mehr.

Der grössere Theil des Zuwachses fällt auf die direkten Steuern, nämlich Fr. 1,689,304, der Zuwachs an indirekten Steuern beträgt Fr. 1,188,464.

Die prozentale Uebersicht am Fusse der Tabelle II zeigt uns ebenfalls, dass die Staatssteuerlast des Kantons Bern in den 24 Jahren 1847—1870 sich allerdings stark verändert hat. Die Summe der eigentlichen Staatssteuern ist von 1847 bis 1870 um 97,2 % gewachsen; die durchschnittliche jährliche Steuersumme der letzten vier Jahre 1867 bis 1870 ist um 72,2 % stärker als in dem Zeitraum von 1847—1850.

Der Zuwachs beträgt von 1847 gegen 1870 bei den direkten Steuern 206,8 %, bei den indirekten 55,4 %; die Vermehrung der direkten Steuerlast ist somit relativ (und absolut) bedeutend grösser als die der indirekten.

Bei Betrachtung der Zunahme des Ertrages der einzelnen Steuerquellen macht man die interessante Bemerkung, dass namentlich diejenigen Quellen, welche sich auf die Gewerbsthätigkeit, Handel und den Konsum beziehen, eine starke Zunahme zeigen; das Ohmgeld zeigt eine Vermehrung von 48,3 % von 1867—1870 gegen 1847—1850; die Handänderungsgebühren eine solche von 58,2 %, die Stempelabgabe 45 %.

Ein ferneres interessantes Resultat dieser Uebersicht ist, dass die Periode 1851—1854 durch allgemeine *Abnahme* des Ertrages der meisten und der wichtigsten Steuerquellen besonders hervortritt. In diesen Jahren war der Steuerertrag sogar 3,3 % *geringer* als von 1847—1850. Die Abnahme beträgt bei den direkten Steuern 6,1 %, bei den indirekten 2,1 %. Bezüglich der ersteren ist aber zu bemerken, dass diese Bewegung ihren Grund in der Erhebung einer Extrasteuer von $\frac{1}{2}$ ‰ im Jahr 1849 hat und dass nach Abzug derselben die direkten Steuern von 1850—1854 etwas stärker sind als von 1847—1850. Die Abnahme der indirekten Steuern dagegen erklärt sich aus den damals herrschenden Nothständen. Wenn man die Tabelle II aufmerksam und vorurtheilsfrei durchgeht, so wird man überhaupt finden, was schon ohne statistischen Beweis leicht erklärlich ist, dass die schlimmen Zustände Anfangs der Fünfziger Jahre auf den Ertrag der Steuern ungünstig eingewirkt haben. Wir sehen erstens, dass der Ertrag der direkten Steuern in den Jahren 1850—1852 bereits auf dem gleichen Niveau blieb, 1853 dann etwas stieg, 1854 aber bei einer um $\frac{2}{10}$ erhöhten Quote nicht einen derselben entsprechenden Mehrbetrag lieferte, wäh-

rend von 1855—1859 bei der Quote von $\frac{6}{10}$ eine ziemlich starke, zwar unterbrochene Steigerung eintrat.

Bei den indirekten Abgaben bemerken wir Anfangs der Fünfziger Jahre namentlich beim Salzregal, Stempel, bei den Handänderungsgebühren und, was sehr charakteristisch ist, bei den Kanzlei- und Gerichtsgebühren eine mehr oder minder ausgesprochene und andauernde Neigung zur Abnahme. Der Ertrag des Salzregals ist von 1849 bis 1854, namentlich aber 1851—1853, ein auffallend verminderter; die Verminderung von 1851—1854 gegen 1847—1850 beträgt 9,4 %. Erst von 1854 an hob sich der Ertrag wieder bedeutend und stieg dann sehr stark von 1858 an. Die Stempelabgabe zeigt einen ziemlich verminderten Stand schon 1849, sinkt rasch bis 1851, hebt sich von da an wieder mit starken Schwankungen und bleibt bis 1858 unter dem Stand der Jahre 1847 und 1848. Bei der Handänderungsgebühr bemerken wir eine rasche, aber kurze Verminderung in den Jahren 1850 bis 1852, von da an ein eben so starkes Steigen und von 1854 an einen bedeutend grösseren Ertrag als je vorher. Interessant ist ferner, dass die Summe der Kanzlei- und Gerichtsgebühren in den Jahren 1850—1854 eine bedeutende und konstante Verminderung zeigt.

Diese Bewegungen stehen offenbar in engem, ursächlichem Zusammenhang mit der erschreckenden Vermehrung der Zahl der Brände von 1847—1852, mit dem starken und konstanten Sinken der Geburtenzahl von 1851—1855, der bedeutend niedrigeren Zahl der Eheschliessungen etc. etc.

Alle diese Erscheinungen sind der unvermeidliche Ausdruck einer Periode von politischen Kämpfen und Wirren, sozialer Reaktion und materiellen Nothstandes, welche mitten in die starke Bevölkerungsvermehrung, die seit 1818 stattgefunden, eine Abnahme der Volkszahl von 1850—1856 von 0,30 % hineinbringt.

Die Ohmgeldeinnahmen zeigen von 1850—1854 eine Vermehrung. Es machten sich da verschiedene gesetzgeberische Einflüsse geltend, schärfere Kontrolle etc. Wenn man aber die Einfuhr nach den eingeführten Getränken unterscheidet, so wird man bemerken, dass, während vom Jahr 1849 an der Weinimport zu sinken anfang, die Brantweineinfuhr im Gegentheil stieg und dass dadurch der Ausfall gedeckt wurde, ein charakteristisches Merkmal jener Nothjahre: grösserer Brantwein- bei vermindertem Weinkonsum.

Auf diese fatalen Jahre folgte eine Periode des eben so raschen Wiederaufblühens, namentlich von 1855 und 1856 an. Die Vermehrung des Steuerertrages betrug 1855—1858 gegen 1850—1854 im Ganzen 23,2 % = $\frac{1}{5}$, bei den direkten Steuern 54,1 % = die Hälfte, bei den indirekten 10,8 %. Die Zunahme der direkten Steuern ist namentlich der um $\frac{6}{10}$ erhöhten Quote, zum Theil auch der neuen Grundsteuerschätzung von 1856 zuzuschreiben. Die Zunahme des Ertrages der indirekten Steuern zeugt von dem raschen Aufleben von Handel und Industrie, der belebenden Wirkung der erbauten Eisenbahnen, und entspricht der starken Bevölkerungszunahme von 1856—1860.

Von 1859—1862 beträgt die Vermehrung aller Steuern 10 %, der direkten 3,6 %, der indirekten 13,5 %. Man kann überhaupt aus mehreren Anzeichen entnehmen, dass das Gewerbsleben in diesen Jahren (speziell seit 1860) einen neuen starken Aufschwung erhielt. Von da an zeigen namentlich die volkswirtschaftlich wichtigeren und zugleich einträglichsten Steuern eine konstante Zunahme. Der durchschnittliche Ertrag der Steuer von 1847 bis 1859 betrug Fr. 3,401,697, wovon Fr. 1,075,549 direkte Steuern und Fr. 2,326,148 indirekte; der Durchschnitt des Steuerertrages des letzten Jahrzehnts stieg dagegen auf Fr. 4,782,358 an, wovon direkte Steuern Fr. 1,784,689 und indirekte Fr. 2,997,669. Der Mehrbetrag der Steuern des letzten Jahrzehnts gegenüber der Periode 1847—1859 beträgt somit im Ganzen 40,5 %, an direkten Steuern 65,9 % und an indirekten 28,9 %.

2. Die wirkliche Zunahme der Steuerlast.

Wir haben oben von der absoluten Vermehrung der Steuerlast gesprochen und gezeigt, wie die Staatssteuer seit 1847 gestiegen ist und dass dieselbe im Jahr 1870 das Doppelte des Betrages von 1847 betrug. Damit ist nun aber nicht gesagt, dass die Steuerlast *wirklich*, d. h. *verhältnissmässig*, schwerer geworden sei. Die Vermehrung des Steuerbetrages kann nämlich in doppelter Weise geschehen sein: 1) *absichtlich* durch die Gesetzgebung und Gesetzeshandhabung, was durch folgende Mittel geschehen kann: Erhöhung des Steuerfusses, Schaffung neuer Steuerquellen, resp. Besteuerung neuer Objekte, strengere Schätzung der steuerpflichtigen Dinge und strengere Durchführung der Steuergesetze überhaupt; 2) kann die Steuer sich vermehren durch natürliches, reelles oder durch Verminderung des Geldwerthes bewirktes Anwachsen der Steuerkraft.

Im ersten Fall wird die Steuerlast *wirklich verstärkt*; der zweite Fall, die spontane Vermehrung der Steuerobjekte oder Werthe, führt nur ein Wachsen des *absoluten* Steuertrages herbei, ohne eine *eigentliche* Vergrößerung, Erschwerung der Steuerlast zu bewirken.

Z. B. ein Gutsbesitzer entrichtete im Jahr 1847 von seinem Fr. 100,000 geschätzten Grundeigenthum à 1 %/100 Fr. 100 Grundsteuer; im Jahr 1870 bezahlte er für das nämliche Gut, dessen *Werth* inzwischen durch rationelle Bewirthschaftung, Verbesserung, Steigen der Güterpreise etc. auf Fr. 150,000 angestiegen ist, à 2 %/100 Fr. 300; der *Steuerbetrag* hat sich also um Fr. 200 oder 200 % *vermehrt*, aber die *Steuerlast* ist nicht um so viel *drückender* geworden, sondern nur um so viel, als der Steuerfuss erhöht worden ist, und da derselbe verdoppelt wurde, so beträgt die relative oder wirkliche Vermehrung nur 100 %; die Steuerlast ist um Fr. 150 *drückender* geworden, der absolute Steuerbetrag hat sich um Fr. 200 vermehrt.

Wenn aber die *Mehrschätzung* des Gutes im Jahr 1847 nicht einer wirklichen *Werthvermehrung* entspricht, sondern eine Folge des genaueren Schätzungsverfahrens, eines genaueren und strengeren Gesetzes etc. ist, dann bewirkt auch diese Hörschätzung eine *wirkliche* Verstärkung der Steuerlast. In diesem Fall ist die *ganze absolute* Vermehrung des *Steuerbetrages* auch eine *wirkliche* Verstärkung der *Steuerlast*, die Steuer wäre in diesem Fall im Jahr 1870 um 200 % *intensiver* als 1847.

Wie im Einzelnen, so im grossen Ganzen. Es ist falsch, das Wachsen des *Steuerdruckes* nur nach der Erhöhung des Steuerfusses zu beurtheilen; denn die Steuer-

last kann auch durch andere Mittel erhöht worden sein; aber auch die absolute Summe der Steuer, resp. der *Steuervermehrung*, bildet keinen Maassstab zur Beurtheilung der Zunahme der *Steuerintensität*, selbst bei gleichem Steuerfuss nicht; denn die Vermehrung kann eben eine Folge der Zunahme des Steuerkapitals sein.

Der einzig richtige und ganz genaue Maassstab der *Intensität* der Steuer, resp. der Verstärkung der *Intensität*, wäre das Verhältniss der Steuern zur Steuerkraft, resp. zum Gesamteinkommen, — wenn (hier liegt eben der vielleicht nicht zu findende Schlüssel zur ganzen Steuerfrage) die *wirkliche* Steuerkraft in beiden Zeitpunkten gleich genau und vollständig bekannt wäre, so dass eine Hörschätzung durch strengere Taxation nicht zu den Möglichkeiten oder Thatsachen gehören könnte.

Bei den direkten Steuern bewirkten namentlich folgende Faktoren eine *wirkliche* Vermehrung der Steuerlast. Erstens die allgemein strengeren Gesetze und die strengere und genauere Durchführung derselben; dann hauptsächlich die Erhöhung des Steuerfusses auf das Doppelte. Im Fernern führte das neue Gesetz über die Vermögenssteuer vom Jahr 1856 gegenüber dem ursprünglichen von 1847 ein viel genaueres, vollständigeres Schätzungssystem (getrennte Schätzung für Grundstücke und Gebäude) ein, infolge dessen die Schätzungsrevision von 1855—1856 eine Mehrschätzung von 25 Millionen und diejenige von 1865—1866 eine solche von 158 Millionen erzielten.

Das neue Gesetz über die Einkommenssteuer von 1865 stellte ebenfalls im Allgemeinen viel strengere Grundsätze auf als das von 1847. Nach ersterem sind nun auch Dienstboten, Tagelöhner, Gesellen, überhaupt jeder Aufenthaltler steuerpflichtig, was nach dem Gesetz von 1847 nicht der Fall war. Nach letzterem wurde das Einkommen nicht nach den individuellen Verhältnissen, sondern nach einem Durchschnitt geschätzt (!), während der ganze Sinn des neuen Gesetzes auf genaue Schätzung hinzielt. Ferner erklärte letzteres auch das Obligationsvermögen steuerpflichtig, während vorher Obligationen im Allgemeinen steuerfrei blieben. Endlich bestimmte das Gesetz von 1865 den erlaubten Abzug für « Unterhaltung » auf den fixen Betrag von Fr. 600, während das ältere Gesetz diese Abzüge an die Familienverhältnisse der Steuerpflichtigen anpasste und einen Abzug per Kopf gestattete, und zwar für die erste Person (Hausvater) Fr. 355 (neue Währung), für die zweite (Frau) Fr. 213, für die folgenden (Dienstboten nicht) je Fr. 142; nun zählt die Familie durchschnittlich vier Köpfe, machte also einen Abzug von circa Fr. 900, somit $\frac{1}{3}$ mehr als nach dem gegenwärtigen Gesetz, wozu noch kommt, dass damals bei den viel billigeren Lebensverhältnissen Fr. 900 viel mehr Werth hatten als heute.

Was die indirekten Steuern betrifft, so kann man auch hier der allgemein genaueren Durchführung der Gesetze einen Theil der *Steuervermehrung* zuschreiben. Ferner wurde im Jahr 1852 in den Erbschafts- und Schenkungsabgaben eine neue Steuerquelle geschaffen. Das bezügliche Gesetz wurde im Jahr 1864 noch bedeutend verschärft, so dass vom zweiten Verwandtschaftsgrad wie vorher 1 %/100, vom dritten 3 statt 2 %/100, vom vierten 4 statt 3 %/100, vom fünften 5 statt 4 %/100, vom sechsten 6 statt 4 %/100 und von den übrigen Graden 10 %/100 statt 6 %/100 bezogen wurden. 1853 wurde der Bergbau als Staatsmonopol erklärt. Endlich wurden viele Verordnungen getroffen und Kreisschreiben erlassen etc., um

die bestehenden Steuerquellen ergiebiger zu machen, dem Schmuggel oder Unterschleif vorzubeugen und eine strengere Handhabung der Gesetze durchzuführen.

Die durch alle diese Faktoren bewirkte *wirkliche, verhältnissmässige* Vermehrung der *Steuerlast* können wir nicht genau in einem bestimmten Zahlenmaass ausdrücken.

Versuchen wir z. B. die *wirkliche Vermehrung der direkten Steuern* zu berechnen:

	Fr.
Direkte Steuersumme von 1870	2,506,296
» » » 1847	816,992
Folglich absolute Vermehrung von	1,689,304
Davon macht die Erhöhung des Steuerfusses im Jahr 1870 um 1 ‰ bei Grund- und Kapitalsteuer	Fr. 920,987
Vermehrung d. Einkommenssteuer von 1865 gegen 1870 als <i>wirkliche</i> Vermehrung angenommen	389,321
Nach Abzug dieser Summen von	1,310,308
bleibt eine durch <i>Zuwachs</i> des <i>Steuerkapitals</i> geschaffene Vermehrung der Steuer von	378,996

Es fragt sich nun, ob der Zuwachs des Steuerkapitals ein künstlicher (durch strengere Taxation) oder aber ein wirklicher sei, oder inwiefern beide Faktoren influirt haben.

Wenn Ersteres der Fall ist, so beträgt die Summe der wirklichen künstlichen Vermehrung der Steuerlast Fr. 1,689,304 oder 206,8 ‰; rührt die Vermehrung aber von einem reellen Mehrwerth des Steuerkapitals her, so beträgt die *wirkliche* Erschwerung der Steuerlast Fr. 1,310,308 oder 160,4 ‰. Nimmt man endlich an, künstliche Mehrschätzung und reelle Werthvermehrung haben ungefähr gleich stark eingewirkt, so beläuft sich die *wirkliche* Mehrbelastung des Volkes durch direkte Steuern auf Fr. 1,499,806 oder 183,6 ‰.

Für die indirekte und die gesammte Steuersumme lässt sich aber nicht einmal eine solche oberflächliche Berechnung aufstellen.

Einen mehr oder minder sicheren Anhaltspunkt für die Beurtheilung der wirklichen Vermehrung der Steuerlast gewährt dagegen die

Vergleichung der Steuerlast und der Steuervermehrung zur Bevölkerung. 1847–1870.

Die Bevölkerungszahl influirt nämlich ebenfalls bedeutend sowohl indirekt als direkt auf die Steuerertragsfähigkeit; direkt durch Vermehrung der Steuerpflichtigen und des Einkommens, hauptsächlich aber indirekt durch Erhöhung des Steuerkapitals infolge Steigerung der Güterpreise, Belebung von Handel und Industrie etc. Es besteht also nicht nur ein inniger ursächlicher Zusammenhang zwischen Bevölkerungszuwachs und Zuwachs des Steuerkapitals, resp. Steuervermehrung, sondern Bevölkerungszunahme erzeugt im Allgemeinen auch an und für sich Vermehrung des Steuerkapitals. Man kann also mit mehr oder weniger Sicherheit das Verhältniss, den Grad der Bevölkerungszunahme mit dem natürlichen, spontanen Zuwachs der Steuerlast, resp. der Steuerkraft, identifizieren, d. h. annehmen, Bevölkerung und natürliche Vermehrung der Steuerkraft seien ungefähr in gleichem Verhältniss gewachsen.

Wenn man nun durch Reduzirung der Steuerlast auf die Bevölkerung den Einfluss, resp. den Grad, der Bevölkerungszunahme isolirt, so spiegelt sich, nach obiger Annahme, in der Vermehrung der Steuerlast per Kopf die *wirkliche* Vermehrung, Verstärkung der Steuerlast ab.

Auf einen Kopf der Bevölkerung kommen Steuern:

Jahre.	Direkte.		Indirekte.		Total.
	Fr.	Ct.	Fr.	Ct.	Fr. Ct.
1847	1.	83	4.	80	6. 63
1850	1.	81	4.	79	6. 59
1856	3.	01	5.	36	8. 38
1860	2.	96	5.	91	8. 88
1870*)	4.	99	6.	64	11. 64
1847–50	2.	05	4.	96	7. 01
1851–54	1.	92	4.	84	6. 76
1855–60	2.	64	5.	54	8. 51
1861–65	2.	99	6.	12	9. 11
1866–70	4.	51	6.	34	10. 86

Die Vermehrung beträgt in Prozenten:	%.	%.	%.
1847–1870	173,0	38,3	75,7
1847/50 bis 1866/70	120,0	27,8	54,9

Diese Vermehrung ist nun, nach obiger Annahme, als *wirkliche Vermehrung* der Steuerlast zu betrachten. Es würde sich demnach die *absolute* und die *wirkliche* relative Steuervermehrung von 1847–1870 gestalten wie folgt:

Steuervermehrung.	Steuern:		Summa eigentlicher Steuern.
	Direkte.	Indirekte.	
<i>Absolute</i> Vermehrung nach Tabelle II	206,8	55,4	97,2
<i>Wirkliche</i> Vermehrung der Steuerlast (nach Verhältniss des Volkszuwachses)	173,0	38,3	75,7
Der <i>natürliche</i> Zuwachs beträge somit	33,8	17,1	21,5

Die Steuerlast hat sich von 1847–1870 um Fr. 5. 01 und von 1847–50 bis 1867–70 um Fr. 3. 85 per Kopf der Bevölkerung vermehrt.

Die Staatsausgaben und folglich die aufzulegenden Steuern wachsen nicht im Verhältniss zur Bevölkerungszunahme, wohl aber erhöht letztere die Steuerkraft, wie oben gesagt, folglich führt Bevölkerungszuwachs eine relative Verminderung der Steuerlast im Verhältniss zur Volkszahl herbei. Die Vermehrung der Steuern beträgt per Kopf der Bevölkerung von 1847–1870 75 ‰, die absolute Vermehrung des Steuerbetrages beträgt aber 97 ‰. Die Steuersumme von 1870 ist relativ (nicht in Wirklichkeit) leichter als die von 1847, weil sie sich auf mehr Personen vertheilt.

Ursachen der Steuervermehrung und Einfluss des Geldwerthes auf dieselbe.

Wie der Preis **) einer jeden Sache veränderlich ist und namentlich durch die Masse des Vorhandenseins des-

*) Bis hier ist die genaue Bevölkerung der betreffenden Jahre und für die nachfolgenden Perioden die mittlere Bevölkerung berechnet.

**) Man kann nicht sagen: „*Werth*“, denn der absolute Werth einer Sache an und für sich bleibt sich eigentlich gleich, nicht aber der verhältnissmässige Werth der Sache zu einer andern, d. h. der Preis.

selben, d. h. durch die Konkurrenz, Angebot und Nachfrage bestimmt wird, so hat auch das Geld keinen unveränderlichen Preis, nicht einmal als solches unter sich (in Gold oder Silber).

Der Preiswerth des Geldes steht im Verhältniss zu dem, was man dafür haben kann. Der Münzwerth ist nur ein nomineller, absoluter, nicht aber ein wirklicher. Das Geld ist also durchaus keine absolut sichere Basis für Bemessung der Lebensbedürfnisse, des nothwendigen Verdienstes, sondern eine veränderliche, theilweise willkürliche und gefährliche.

Nun sind bekanntlich fast alle Lebensbedürfnisse seit 1847 bedeutend im Preise gestiegen, d. h. für den nämlichen nominellen Geldwerth bekommt man nicht mehr so viel als 1847. Nach dem oben citirten Gesetz der Bestimmung des Preises nach Angebot und Nachfrage kann nun diese Thatsache ihre Entstehung zweierlei Ursachen verdanken: 1) das Geld hat eine Werthverminderung dadurch erfahren, dass eben dessen cirkulirende Quantität viel grösser ist, oder 2) die zum Leben nothwendigen Gegenstände haben sich vertheuert infolge absoluter oder relativer Produktionsverminderung.

Dieses Letztere ist nun offenbar nicht der Fall, denn Jedermann weiss, dass die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft in diesem Jahrhundert und namentlich in den letzten Jahrzehnten infolge rationellerer Bewirthschaftung, Abschaffung der hemmenden Feudallasten etc. sich bedeutend gehoben hat; zu dem kommt aber die namentlich seit Erstellung der Eisenbahnen gewachsene Einfuhr von Aussen, so dass in Wirklichkeit eine grosse Vermehrung der Konsumtionsgegenstände resultirt. Man muss somit jene Vertheuerung der Lebensmittel hauptsächlich einer reellen Verminderung des Geldwerthes zuschreiben, und dies ist denn auch wirklich der Fall. Die Goldproduktion und die Zufuhr edler Metalle nach Europa hat sich bekanntlich in den letzten Jahrzehnten und zwar speziell seit 1848—49 ganz bedeutend erhöht, folglich die Konkurrenz vermehrt und den Geldwerth herabgedrückt.

Insofern also die Vermehrung der Geldkonkurrenz die Schuld an den erhöhten Preisen der Lebensbedürfnisse trägt, ist es nicht korrekt, wenn man sagt, die *Lebensmittel* seien theurer geworden, sondern, besser gesagt, das *Geld* hat im Verhältniss zu den Waaren eine *Werthverminderung* erfahren.

Damit ist freilich nicht gesagt, dass dies *allein* Ursache der höheren Waarenpreise sei. Die Eisenbahnen haben die Preise nivellirt und im Allgemeinen erhöht; der Bevölkerungszuwachs vermehrte die Konsumtion, die Produktionskosten stiegen etc. und, was nicht zu übersehen ist, die Konsumtion ist auch relativ gestiegen, man stellt grössere Anforderungen an Lebensgenuss und Komfort, die zum Theil in « Genusssucht » ausarten.

Man kann also die Vertheuerung der Waaren zweien Hauptursachen zuschreiben: *a.* Verminderung des Geldwerthes infolge Vermehrung der Geldproduktion und Geldkonkurrenz; *b.* wirkliche Vertheuerung der Lebensbedürfnisse infolge erleichterten Absatzes und grösseren Konsums, resp. Nachfrage.

Diesen Umstand, dass das Geld heute nicht mehr denselben Werth hat wie früher, übersieht man gewöhnlich, wenn man von der Erhöhung der Steuern spricht. Man vergisst ferner, dass diese Preissteigerung den Staats-

haushalt ebenfalls beeinflusst, dass der Staat eben auch theurer bezahlen muss.

Lebensmitteltheuerung und — mehr steuern, reimt sich freilich schlecht für den Steuerpflichtigen, ist aber nur die gleichartige Wirkung *derselben* Ursache, welche die Preise überhaupt erhöht. Wie der Bürger theurer bezahlt, so der Staat; wie der Bürger infolge höherer Anforderungen an Lebensgenuss, Bildung etc. mehr Ausgaben hat, so erhöht sich auch das Budget des Staates durch grössere Anforderungen an dessen Kulturaufgabe. Man begnügt sich heutzutage nicht mehr mit der Idee des Schutzstaates, der in wirtschaftlichen Fragen nur das « öffentliche Interesse » zu wahren hätte; der Staat soll Kulturstaat, Kulturbeförderer sein, die Erziehung der Staatsbürger verbessern, wirtschaftliche Unternehmungen aller Art unterstützen etc. Die Ausgaben wachsen, die Rechnungen ergeben Defizite, das Budget wird erhöht, der Ertrag des Staatsvermögens kann nicht willkürlich erhöht werden: der Staat *muss* an die Steuerkraft der Bürger appelliren.

Nach dem Gesagten wären es also zwei Hauptursachen, welche die Vermehrung der Steuerlast bewirkten, nämlich:

- 1) die wirkliche Vermehrung der Staatsbedürfnisse oder Ausgaben infolge vermehrter Anforderungen und Leistungen desselben;
- 2) die allgemeine Preissteigerung und Geldentwerthung, mit welcher die Vermehrung des Steuerkapitals nicht Schritt hält.

Wenn das besteuerte Kapital sich im nämlichen Verhältniss vermehrt hätte wie die Preissteigerung, so würde die letztgenannte Hauptursache nur eine absolute, aber nicht relative, *wirkliche* Vermehrung der Steuerlast bewirken. Dies ist aber nicht der Fall. Die Hauptschatzungsrevisionen, das einzige Mittel, die Schatzungen dem veränderten Marktpreis wieder besser anzupassen, finden nur alle zehn Jahre für Grundbesitz statt, und das Resultat dieser kostbaren Neuschätzung entsprach bisher bei Weitem nicht der wirklichen Preissteigerung der Steuerobjekte.

Man muss also zur richtigen Beurtheilung der Thatsache der Steuervermehrung im Auge behalten: die Leistungen des Staates jetzt und früher; dass der Zuwachs der Steuersumme nur zum Theil eine *wirkliche* Vermehrung der Steuerlast im Verhältniss zum Steuerkapital bildet; dass der Werth des Geldes bedeutend niedriger und daher die Vermehrung zum Theil eine nominelle ist.

Die allgemeinen Klagen über hohen Steuerdruck haben, wie ich glaube, ihren Grund nicht nur darin, dass die Steuerlast *wirklich* intensiver geworden ist, sondern namentlich bezüglich der Einkommenssteuer auch darin, dass die Arbeitslöhne mit der allgemeinen Preissteigerung der Lebensbedürfnisse nicht Schritt gehalten haben.

Die ganze Existenz des Menschen ist vertheuert, Geld ist den Waaren gegenüber viel billiger, der Arbeit gegenüber zwar auch, aber nicht in demselben Maass, und so hinken die Arbeitspreise mühsam nach. Eben diese Differenz der Steigerung der Lebensmittel- und der Arbeitspreise hilft gewaltig dazu, uns jenen Zustand zu schaffen, den man allgemein unter « sozialer oder Arbeiterfrage » versteht, deren Lösung auch die der Steuerfrage in sich schliesst.

Tab. III. Verhältniss der Steuerlast und der Steuervermehrung zu den Staatsausgaben und Einnahmen. 1847-1870.

Jahre.	Staats-		Mehr- oder Minder- Einnahmen als Ausgaben.	Vergleich der Steuervermehrung mit dem Wachsen der Ausgaben.				Verhältniss der Steuerlast zu den Ausgaben und Einnahmen.					
	Ausgaben. Netto.	Einnahmen. Netto.		Mehr Aus- gaben als im Vorjahr.	Steuerfuss pro mille.	Mehr		Prozent der			Prozent der		
						direkte Steuern	eigentliche Steuern im Ganzen.	direkten von den Ausgaben.	indirekten Steuern	ganzen Steuern	direkten von den Einnahmen.	indirekten Steuern	ganzen Steuern
1847 . .	Fr. 3,880,309	Fr. 3,609,321	Fr. - 2,271,188	Fr. —	1	—	—	13,9	36,4	50,4	22,6	59,4	72,1
1848 . .	5,611,353	4,108,338	- 1,503,015	- 269,156	1	- 4,569	+ 244,467	14,5	42,7	57,1	19,8	58,3	78,0
1849 . .	4,537,712	5,084,339	+ 516,627	- 1,073,641	1 1/2	+ 442,956	+ 295,652	27,7	49,5	77,2	24,7	44,2	68,8
1850 . .	4,143,234	3,883,086	- 260,148	- 394,478	1	- 426,831	- 479,949	20,0	52,9	72,9	21,3	56,5	77,8
1851 . .	4,551,852	4,035,361	- 516,491	+ 408,618	1	- 71	- 16,925	18,2	47,8	66,0	20,5	53,9	74,5
1852 . .	4,354,715	4,072,209	- 282,506	- 197,137	1	+ 3,768	- 37,923	19,1	49,0	68,1	20,4	52,4	73,1
1853 . .	4,321,783	4,253,904	- 67,879	- 32,932	1	+ 27,469	+ 139,730	19,9	52,0	71,9	20,2	52,8	73,0
1854 . .	4,397,594	4,144,214	- 253,380	+ 75,811	1 2/10	+ 105,328	+ 87,365	21,9	50,7	72,6	23,3	53,8	77,1
1855 . .	4,321,019	4,408,126	+ 87,107	- 76,575	1 6/10	+ 339,543	+ 375,334	30,2	52,4	82,6	29,6	51,4	81,0
1856 . .	4,207,859	4,691,866	+ 484,007	- 113,160	1 6/10	+ 48,668	+ 194,819	32,2	57,3	89,4	29,1	51,4	80,2
1857 . .	4,604,612	4,863,899	+ 259,287	+ 396,753	1 6/10	- 6,938	+ 103,709	29,2	54,8	84,0	27,7	51,8	79,5
1858 . .	4,540,125	4,778,751	+ 238,626	- 64,487	1 6/10	+ 32,248	+ 47,301	30,4	55,9	86,2	28,8	53,1	81,9
1859 . .	4,590,436	5,009,163	+ 418,727	+ 50,311	1 6/10	+ 22,032	+ 220,590	30,5	59,6	90,1	28,0	54,6	82,5
1860 . .	4,892,563	5,295,069	+ 402,506	+ 302,127	1 6/10	- 16,201	+ 11,795	28,3	56,5	84,8	26,1	52,2	78,3
1861 . .	4,964,555	5,111,585	+ 147,030	+ 71,992	1 6/10	+ 9,262	+ 38,719	28,1	56,2	84,3	27,3	54,6	81,9
1862 . .	5,199,026	5,081,114	- 117,912	+ 234,471	1 6/10	+ 7,615	- 21,531	26,9	53,1	80,1	27,6	54,4	82,0
1863 . .	5,303,692	5,372,209	+ 68,517	+ 104,666	1 6/10	+ 16,412	+ 134,862	26,7	54,3	81,7	26,4	53,6	80,0
1864 . .	5,371,111	5,359,928	- 11,183	+ 67,419	1 6/10	+ 29,607	+ 131,471	26,9	55,6	82,5	27,0	55,7	82,7
1865 . .	5,895,707	5,499,835	- 395,872	+ 524,596	1 6/10	+ 12,560	+ 168,832	24,8	53,2	78,0	26,5	57,1	83,6
1866 . .	6,680,990	5,815,533	- 865,457	+ 785,283	1 6/10	+ 389,925	+ 332,583	27,7	46,1	73,8	31,8	53,0	84,8
1867 . .	6,501,178	5,638,378	- 862,800	- 179,812	1 6/10	+ 17,565	- 81,995	28,7	45,9	74,6	33,1	52,9	86,0
1868 . .	6,199,147	6,207,798	+ 8,651	- 302,031	2	+ 548,690	+ 588,803	38,6	48,8	87,7	38,9	48,7	87,6
1869 . .	6,832,038	6,917,196	+ 85,157	+ 632,891	2	+ 71,972	+ 270,571	36,4	47,2	83,6	36,0	46,6	82,5
1870 . .	7,151,938	7,168,565	+ 16,627	+ 319,900	2	+ 18,294	+ 129,488	35,0	46,6	81,6	34,9	46,5	81,4
Total:	425,054,748	420,409,786	- 4,644,962	+ 1,271,429	35 5/10	+ 1,689,304	+ 2,877,768	27,0	50,5	77,4	27,9	52,5	80,4
1847—1870 jährlich .	5,210,614	5,017,074	- 193,540	+ 55,279	1,479	+ 73,448	+ 125,120	27,0	50,5	77,4	27,9	52,5	80,4
Durchschnitt von													
1847—1850	5,043,202	4,171,271	- 871,931	—	1,12	—	—	18,4	44,5	62,9	22,2	53,8	76,1
1851—1854	4,406,486	4,126,422	- 280,064	- 636,716	1,05	- 56,967	- 104,680	19,8	49,8	69,6	21,1	53,2	74,4
1855—1858	4,418,404	4,685,661	+ 267,257	+ 11,918	1,60	+ 474,310	+ 711,036	30,4	55,1	85,5	28,7	51,9	80,6
1859—1862	4,911,645	5,124,233	+ 212,588	+ 493,241	1,60	+ 49,300	+ 379,448	28,4	56,3	84,7	27,2	53,9	81,2
1863—1866	5,812,875	5,511,876	- 300,999	+ 300,999	1,60	+ 148,670	+ 407,187	26,6	52,0	78,6	28,0	54,8	82,8
1867—1870	6,671,075	6,482,984	- 188,092	+ 858,200	1,90	+ 775,768	+ 893,986	34,8	47,2	81,8	33,8	48,5	84,2

Verhältniss der Steuerlast und der Steuervermehrung zu den Ausgaben und Einnahmen des Staates.

Tabelle III zeigt uns, dass sowohl die Staatsausgaben und Einnahmen als die Steuerlast in den letzten 24 Jahren eine bedeutende Vermehrung erfahren haben.

Wir sehen ferner, dass die Steuereinnahme nicht im Verhältniss der Staatsausgaben, sondern viel stärker als dieselben gewachsen ist. Von 1847—1870 sind nämlich gewachsen: die Steuerlast um Fr. 2,877,768, die gesammten Einnahmen um Fr. 3,559,244, die Ausgaben dagegen nur um Fr. 1,271,429. Die Rechnungen zeigen trotzdem jetzt keine bedeutenden Aktivrestanzen, weil die Steuern, resp. die Einnahmen, im Jahr 1847 (bis 1854) eben bei Weitem nicht hinreichten, das Gleichgewicht der Finanzen herzustellen. Durch die Steuervermehrung musste also ein doppelter Ausfall gedeckt werden: die zu geringe Einnahme oder das Defizit und die Ausgabenvermehrung. So sind wir ungeachtet des starken Ueberschusses der Steuervermehrung nur dazu gelangt, das Gleichgewicht der Ausgaben und Einnahmen herzustellen.

Die Steuerquote von 1 ‰ genügt gleich Anfangs nicht, das Gleichgewicht der Finanzen zu ermöglichen; erst der erhöhte Steuerfuss bewirkte bedeutende Aktivrestanzen, bis auch dieser von 1864 an nicht mehr genügt und 1868 auf 2 ‰ erhöht wird.

Wir haben schon oben darauf hingewiesen, wie sehr der Steuerertrag von den ökonomischen und sozialen Zeitverhältnissen beeinflusst ist; es wäre ein Wahn, zu glauben, dies sei bezüglich der Staatsausgaben nicht der Fall, sondern Vermehrung oder Verminderung derselben liege ganz in den Händen der Verwaltung. Der Einfluss der letztern auf den Staatshaushalt ist eigentlich darauf beschränkt, die Bedürfnisse möglichst billig zu bestreiten und die Finanzen am vortheilhaftesten zu verwenden; die Bedürfnisse selbst zu bestimmen liegt nicht so sehr in der Macht der Administration als vielmehr in der Macht der Zeit. Eine Regierung aber, die aus falschem Sparsamkeitsprinzip für die Bedürfnisse der Zeit kein Auge und kein Ohr haben wollte, würde sich nicht lange der Nothwendigkeit verschliessen können, würde ihre Aufgabe ganz verfehlen und eben mit jener Vergewaltigung des Staatshaushaltes dem Lande die grössten Opfer auflegen.

An und für sich hat also das Wachsen der Staatsausgaben durchaus nichts Erschreckendes; es kommt nur auf die Ursachen an und diese liegen in den Zeit- und Kulturbedürfnissen. Ein oberflächlicher Blick auf Tabelle III lässt erkennen, dass auch der Staatshaushalt des Kantons Bern durch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ereignisse der letzten 24 Jahre mächtig beeinflusst war und dass die Vermehrung der Staatsausgaben eben von jenem Zeitpunkt datirt, wo Handel und Industrie, überhaupt die wirtschaftlichen Gebiete wieder aufzublühen begannen, d. h. seit der zweiten Hälfte der Fünfziger

Jahre; der Steuerertrag namentlich der indirekten Steuern, Ohmgeld und Salz, nahm in diesen Jahren bedeutend zu, daher das günstige finanzielle Ergebniss im Staatshaushalt und die starken Aktivrestanzen, wozu freilich auch die Erhöhung des Steuerfusses auf $1\frac{6}{10}$ beiträgt. Der günstige Einfluss der erbauten Eisenbahnen, kurz die Belebung von Handel und Industrie ist hier unverkennbar.

Blicken wir dagegen auf die erste Hälfte der Fünfziger Jahre, jene Periode politischer Kämpfe und Wirren, der Theurung und sozialen Nothstandes, zurück, so sehen wir da ein allgemeines Zurückgehen oder Stillestehen. Die Ausgaben nehmen bedeutend ab, wozu freilich das damalige konservative Régime auch beigetragen hat, aber auch der Steuerertrag und, was namentlich wichtig ist, speziell die indirekten Steuereinnahmen sinken, die direkten Steuern gehen ebenfalls zurück oder zeigen nur geringe Vermehrung, die Rechnungen ergeben starke Defizite, der Steuerfuss muss erhöht werden.

Von 1862 hinweg genügt auch die Steuerquote von $1\frac{6}{10}$ nicht mehr; der Steuerertrag wächst zwar stark, besonders die indirekten Steuern zeigen bedeutendes Steigen, die Einnahmen steigen rasch und stark, aber noch mehr die Ausgaben, daher Defizite, die zum Theil ganz enorm sind. In diese Zeit fällt das Staatsbahnunternehmen.

Im Jahr 1868 wird dann die Steuerquote auf 2 ‰ erhöht, der Steuerertrag und die Staatseinnahmen überhaupt nehmen stark zu; obschon die Ausgaben enorm steigen und im Jahr 1868 7 Millionen betragen, ergeben daher die Rechnungen vollständiges Gleichgewicht der Ausgaben und Einnahmen, Aktivrestanzen, jedoch nicht zu grosse, was vom Standpunkt der Volkswirtschaft und gesundem Finanzhaushalt aus das Wünschbarste ist.

Wenn wir dann das Wachsen der Steuerlast mit der Zunahme der Staatsausgaben vergleichen (1, Kol. 3 u. 7), so sehen wir, dass der Steuerertrag viel stetiger wächst und weniger Schwankungen und Rückfälle zeigt als die Zunahme der Ausgaben. Nur fünf Jahre zeigen ein relativ geringes Zurückgehen des Steuerertrages, während der Betrag der Staatsausgaben sehr stark schwankt.

Die Steuereinnahmen und die Staatsausgaben gehen nur in grösseren Zeiträumen, nicht aber in den einzelnen Jahren oder kürzeren Perioden parallel; erstere zeigen eben eine mehr konstante, gleichmässige Bewegung, wie natürlich, als letztere. Zudem, ist der Steuerfuss einmal erhöht, so wird derselbe nicht leicht wieder herabgesetzt. Z. B. in den Jahren 1855—1861 wurde die Steuerquote von $1\frac{6}{10}$ beibehalten, obschon die Einnahmen die Ausgaben bedeutend überstiegen und der Steuerbezug wirklich um etwa $\frac{2}{10}$ hätte herabgesetzt werden können. Umgekehrt sehen wir von 1847—1853 und von 1862—1867 den gewöhnlichen Steuerfuss beibehalten, obschon der Staatshaushalt starke Defizite zeigt.

Und diese Stabilität des Steuerfusses war in den letzten 24 Jahren durchaus kein Nachtheil für den Steuerbezahlenden (wenigstens momentan nicht), sondern ein Vortheil, denn wir sehen ferner,

dass der Staatshaushalt, von 1847—1870 zusammengefasst, ein Defizit von Fr. 4,644,962 oder jährlich Fr. 193,540 ergibt, oder mit andern Worten: der Staat hat in diesem Zeitraum über $4\frac{1}{2}$ Millionen zu wenig Steuern (resp. Einnahmen) bezogen, als zur Deckung der Bedürfnisse nothwendig gewesen wäre, trotz der wiederholten starken Erhöhung des Steuerfusses, dem stetigen und starken Wachsen der Steuern und ungeachtet der in den Zahlen der Tabelle III deutlich bemerkbaren Tendenz der Staatsverwaltung, die Einnahmen des Fiskus zu vermehren und mit den Einnahmen in's Gleichgewicht zu bringen.

Von 1847—1870 beträgt der durchschnittliche jährliche Betrag:

der Ausgaben . . .	Fr. 5,210,614
der Einnahmen . . .	» 5,017,074
wovon Steuern . . .	» 4,034,500 oder 80,41 %,
somit jährliches Defizit »	193,540 oder 3,7 % der Ausgaben.

Das prozentale Verhältniss der Steuerlast zu den Ausgaben in Tabelle III zeigt, dass die Steuereinnahme im Durchschnitt von 1847—1870 77,4 % der Ausgaben bildete. Im Verhältniss zu den Staatsausgaben wurden am wenigsten Steuern bezahlt in den Jahren 1847 und 1848, nämlich 50—57 %, am meisten dagegen von 1855 bis 1864, 80—90 %; die Ausgaben waren in diesen Jahren unter dem Durchschnitt von 1847—1850, während die Steuerquote nicht vermindert wurde und die Steuereinnahme stark wuchs.

In den letzten drei Jahren betrug die Steuereinnahme 81—87 % der Ausgaben und steht somit bereits über dem Durchschnitt des Zeitraumes von 1847—1870.

Man sieht hieraus, dass, worauf wir schon oben hingewiesen, die Steuereinnahme und das Steuermaass bis jetzt faktisch in keinem genauen, bestimmten Verhältniss zu den Staatsausgaben stand, so dass mit der Verminderung der Ausgaben auch die Steuerlast reduziert worden wäre. Man wird also gewöhnlich dann mehr und am meisten Steuern bezahlen, wenn die Staatsbedürfnisse oder Ausgaben sinken oder am niedrigsten sind, weil einerseits der Steuerfuss der direkten Steuern viel eher erhöht als herabgesetzt wird, andererseits die Staatsverwaltung auf das Maass der indirekten Steuern nur einen allgemein bestimmenden Einfluss üben kann, dieselben sich aber bei normalen Zeiten stets vermehren.

Nach dem Verhältniss der letzten drei Jahre werden durch Steuern etwas mehr als $\frac{4}{5}$ der Ausgaben gedeckt; die Einnahmen bestehen zu $\frac{4}{5}$ aus Steuern.

Direkte und indirekte Steuern.

Man hat sich bekanntlich schon seit langer Zeit darüber gestritten, welche Steuerform die vorzüglichere sei, die direkte oder die indirekte.

Vor dem Forum der Wissenschaft ist zwar die indirekte Besteuerung im Prinzip schon längst verurtheilt und nur die direkte Steuer als volkswirtschaftlich richtig anerkannt; die neuere Theorie geht sogar so weit, vorzuschlagen, nur das Einkommen und zwar progressiv zu besteuern, als den einzig richtigen Maassstab für die Steuerfähigkeit. Wir können uns in diesen Streit natürlich nicht näher einlassen. Im Grunde ist die Sache klar genug, denn offenbar ist diejenige Besteuerungsart die beste, welche die freie Ausübung der Gewerbe, des Handels, der Industrie und Landwirthschaft am wenigsten hindert, Das besteuert, was eigentlich steuerfähig ist, dem Grundsatz der Gleichmässigkeit der Besteuerung und dem Wesen der Gerechtigkeit am besten entspricht und die geringsten Bezugskosten veranlasst. Vom Standpunkt dieser volkswirtschaftlichen und sozialen Forderungen aus kann und wird es nicht lange mehr fraglich sein, dass grundsätzlich die Aufhebung der indirekten Steuerart und die direkte Besteuerung des wirklichen « Ertrages » (sei es nun Vermögens- oder Arbeitsrente) eine Forderung der Zeit ist und allein einer gesunden Staatswirthschaft entspricht.

Man hat viele Vortheile angeführt, welche die indirekte Steuerform haben soll; dieselben schliessen aber schon an und für sich so grosse Nachtheile in sich, dass schon damit die Brauchbarkeit des Systems in Frage gestellt wird.

Man sagt, die indirekte Steuerform besteure ohne Unterschied des Ranges oder Standes (Grundsatz der Gleichmässigkeit). Damit ist eben anerkannt, dass dieselbe gar keine Rücksicht auf die Steuerfähigkeit nimmt und somit dem wichtigsten Besteuerungsgrundsatz widerspricht. Der Arme ist besteuert wie der Reiche und so wird die Steuer zu einer Progressivsteuer, die den Armen stärker besteuert als den Reichen. Z. B. der Arme braucht eben so gut wie der Reiche circa 32 Pfund Salz per Jahr, vielleicht sogar noch mehr, weil Salz und Kartoffeln ja eine Hauptnahrung der Armen sind; ein Jeder bezahlt dafür Fr. 3. 20, der Reiche mit Fr. 10,000 Einkommen wie der Arme mit Fr. 800; das Einkommen von Fr. 800 ist also relativ stärker besteuert als das Einkommen von Fr. 10,000.

Entweder vertheuert man durch die indirekte Steuerform den Armen den Gebrauch einer Waare, so dass er stärker besteuert ist als der Reiche, oder aber man macht ihm denselben unmöglich. Die Entsagung eines Genusses zu Gunsten des Staates kommt aber auch einer Steuer gleich. Dann fragt sich's erst noch, ob diese Beschränkung oder Entziehung nicht schädlich sei. Wird z. B. der Salzpreis zu hoch, so entsteht für die Viehzucht und Landwirthschaft

ein reeller Schaden; das Vieh verkümmert. Setzt man dem Weinkonsum künstliche Schranken, so entschädigt sich der Unvermögende mit Branntwein, und was daraus entsteht ist bekannt. Aber Wein sei ein Luxusartikel, höre ich sagen, gebe zu Völlerei Anlass; mit der Getränksteuer sei übrigens nur der Vermöglichere besteuert, Wein sei ohnedies zu hoch im Preise für den Armen. Wein soll als Lebens- und Stärkungsmittel dienen, und wir im Kanton Bern hätten vor Allem aus Ursache, dasselbe einzuführen, um der « bernischen Branntweinpest » entgegenzutreten. Wirklich naiv ist es, von « grösserer Völlerei » zu sprechen; dies ist wahrlich nicht zu fürchten, und selbst wenn ja, so ist Weinvöllerei der Branntweinpest vorzuziehen. Denn abgesehen davon, dass Branntweinvöllerei zu Weinrausch sich verhält wie Arsenik zum Tabakrauchen, sehen wir, dass gerade in den weinreichen Gegenden viel weniger eigentliche Völlerei vorkommt als in weinarmen, wo der Konsum eben ungewohnt, nicht als Lebens-, sondern als Berausungsmittel gebraucht wird. Es ist übrigens bekannt, dass Gesetze gegen derartige soziale Uebel nicht helfen und zwar am allerwenigsten die Getränksteuer auf Wein und Bier, die nach meiner Ansicht im Gegentheil Völlerei befördert; Branntweinpest rührt eben viel daher, dass Branntwein das billigste alkoholische Stärkungsmittel ist. Man wendet gegen die Abschaffung des Ohmgeldes ferner ein, Wein würde trotzdem nicht billiger, und wirklich glaubt man damit ein grosses Wort zur Rechtfertigung dieser Konsumsteuer gesprochen zu haben, weil dieser Grund anscheinend einige Richtigkeit hat, aber auch nur anscheinend, denn sicher ist doch, dass das Ohmgeld auf Wein und Bier faktisch einem Schutzzoll gleichkommt, die Konkurrenz, resp. die Einfuhr zurückhält, vermindert, dass folglich letztere durch Abschaffung des Ohmgeldes gewiss stark zunehmen würde; Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, nach diesem Gesetz müssten die Preise im Grosshandel und später auch im Kleinhandel sinken, wenn der Konsum nicht etwa stärker zunehmen würde als das Angebot.

Die Getränksteuer trifft den Armen doppelt; er konsumiert seinen halben Schoppen im Wirthshaus und bezahlt zum Ohmgeld noch Wirthschaftspatentgebühr, während der Bemittelte vermag, Wein als Lebens- oder Stärkungsmittel zu Hause zu geniessen.

Man führt ferner als grossen Vortheil an, die indirekte Steuer sei eine freiwillige Abgabe, Niemand könne ja gezwungen werden, dieselbe zu entrichten. Dies wäre richtig, wenn das Selbstinteresse des Fiskus nicht so weit gegangen wäre, gerade die unentbehrlichsten Lebenserfordernisse zu besteuern, wie Salz, an vielen Orten sogar Brod (Mahlsteuer) und Fleisch (Schlachtsteuer). Wenn aber diese Behauptung richtig wäre, so schliesse dieselbe gerade den wichtigsten Grund in sich, das System vom fiskalischen Standpunkt aus von vornherein zu verwerfen; denn gerade die Staatskasse darf sich am aller-

wenigsten auf problematische Einkünfte verlassen, der Staat am allermeisten muss sicher sein, dass ihm auf einen gewissen Zeitpunkt so und so viel eingeht, damit er seine Wirthschaft darnach einrichten kann. Dieser wichtige Grundsatz gesunder Finanzpolitik, dass der Staat seine Ausgaben gewissermassen nach den Einnahmen richten soll, bliebe aber, wenn man aus den Behauptungen der Freunde indirekter Steuern die logische Konsequenz zieht, total unbeachtet.

Komisch und wenig liberal klingt ferner der Einwand, der Besteuerte zahle die Steuer in indirekter Form viel leichter, ohne es zu merken. Zur Zeit und vom Standpunkt des Absolutismus aus mag dies ein bequemes Auskunftsmittel gewesen sein, das Volk die Finanzwirthschaft weniger merken zu lassen, für die Regierung aber bot dasselbe Gelegenheit und Versuchung zur Finanzverschwendung; heutzutage reimt sich dieser sogenannte Vortheil aber schlecht mit dem Grundsatz vollständiger Offenkundigkeit des Staatshaushaltes, mit Referendum etc. Das Volk weiss übrigens ganz gut, wo und wie es besteuert ist, so gut als der Blinde weiss, ob und wann man ihm etwas gibt oder nimmt.

Ich finde übrigens gerade wichtig, dass der Bürger weiss, dass und wie er steuert; es liegt darin gewiss ein bedeutendes sittliches Moment und ein Haltpunkt zur Staatsbürgertugend. Der Bürger wird dadurch erinnert, dass er einem Gemeinwesen angehört, dass ihn der Staat auch etwas angeht; überhaupt wird das Interesse am Staatsleben geweckt und erhöht, ein ganz heilsamer Einfluss für Volk und Staatsleitung.

Der Einwand widerspricht übrigens einem der Hauptgrundsätze der Besteuerung, dem der Bestimmtheit und Offenkundigkeit der Steuer und der Steuerpflichtigen.

Ein wirklicher Vortheil der indirekten Besteuerung ist aber der, dass die Steuer nach und nach in kleinen Beträgen bezahlt werden kann. Darin liegt eigentlich der Grund, warum die direkten Steuern im Allgemeinen so missbeliebt sind, in der schroffen Form des Bezuges und dass die Steuer auf einmal innert einer relativ kurzen Zeit entrichtet werden soll. Für den Vermöglichen ist dies gleichgültig, er bezahlt übrigens die indirekte Steuer auch in grösseren Beträgen auf einmal, da er seine Vorräthe, z. B. Wein, in grösseren Quantitäten anschafft, nicht aber für die untern und die Mittelklassen, Subalternbeamte, Handwerker, kleinere Landwirthe etc.

Man hat sich daher gefragt, ob die direkten Steuern nicht auch in mehreren kleineren Raten bezogen werden könnten, kommt aber im Allgemeinen zu dem Resultat, dass dies nur unter dem Nachtheil möglich wäre, dadurch die Bezugskosten bedeutend zu vergrössern. Ich glaube aber, es wäre möglich, den Steuerbezug bei uns so einzurichten, dass die Entrichtung dem Unbemittelten leichter fallen würde, ohne dass dadurch eine bedeutende Ver-

mehrung der Bezugskosten entstehen würde. Die Frage ist werth, näher geprüft zu werden. Das Sparen auf den Steuertermin hat eben unter Umständen starke Schwierigkeiten.

Die Hauptgründe aber, welche gegen die indirekte Steuerform im Allgemeinen sprechen, sind: sie widerspricht dem Prinzip des freien Handels, Verkehrs und der Gewerbsausübung, setzt künstliche Schranken zwischen die Völker, erhöht künstlich die Lebensmittelpreise, was in Zeiten der Theurung zur Kalamität werden kann, besteuert in schlechten Zeiten relativ stärker als in besseren, erhöht die Produktionskosten, so dass gewissen Gewerben oder Produkten die Konkurrenz erschwert wird, und — das Resultat aller dieser volkswirtschaftlichen Opfer ist am Ende das, dass eben das Einkommen der Staatsbürger, von welchem eigentlich alle Steuern getragen werden müssen, aber nur auf einem weiten, kostbareren und schädlicheren Umweg besteuert ist, als es durch direkte Steuern geschieht.

Damit ist nun keineswegs gesagt, dass alle indirekten Steuern abgeschafft werden sollten; z. B. Luxussteuern haben gewiss ihre Berechtigung; ebenso ist es ganz billig, dass Derjenige, der eine gewisse spezielle Dienstleistung vom Staat verlangt, dafür auch eine besondere Gebühr bezahle. Gewisse Gebühren sind also durchaus berechtigt und Funktionen des Staates, welche nur gewissen Klassen von Bürgern zu gut kommen, sollen auch nur von diesen bestritten werden.

Ueber Form und Betrag der indirekten Steuern unseres Kantons haben wir schon hievor Mittheilungen gemacht, auf welche wir verweisen (siehe Tabelle I, S. 41, 48, 49, 54, 64; Tabelle II, S. 78), und fassen daher hier nur die Hauptresultate zusammen:

	Indirekte Steuern.		Direkte Steuern.	
	Prozent der Totalsteuer.	Per Kopf der Bevölkerung.	Prozent der Totalsteuer.	Per Kopf der Bevölkerung.
Die gesammte Staats- und Gemeindesteuerlast (1865—1869)	47,3	Fr. Ct. 6. 67	52,7	Fr. Ct. 7. 46
Die Staatssteuern:				
1847—1870 . . .	65,3	5. 64	34,7	2. 99
1866—1870 . . .	58,4	6. 34	41,6	4. 51

Wir verzichten darauf, Mittheilungen von andern Kantonen und Ländern zu reproduzieren, da jene Berechnungen auf verschiedener Basis beruhen, bemerken jedoch, dass gegenwärtig fast in allen Staatswesen weit mehr indirekte als direkte Steuern bezogen werden, dass wir im Kanton Bern betreffs der indirekten Steuern durchaus nicht schlimmer daran sind als mancher andere Kanton, jedenfalls aber viel besser als die übrigen europäischen Staaten, wie denn die Schweiz im Allgemeinen

auch in dieser Beziehung eine viel liberalere Richtung befolgt hat.

Die Einwürfe, welche wir oben gegen das indirekte Steuersystem im Allgemeinen gemacht, finden namentlich Anwendung auf folgende Punkte: 1) Ohngeld, dessen Abschaffung speziell aus Gründen des freien Verkehrs und der freien Zufuhr eines gesunden Getränkes, das die Branntweinpest zu bekämpfen geeignet wäre, dringend geboten scheint; 2) betreffs des Salzregals scheint mir gegenwärtig nicht unbedingte Abschaffung, sondern Prüfung der Frage der Herabsetzung, und zwar aus landwirtschaftlichen und Gründen der Gerechtigkeit, zweckmässig; 3) Abschaffung der Sportelbesoldung der Amtschreiber und Amtsgerichtsschreiber; Gebührenbezug zu Handen des Staates; 4) Modifikation des Gesetzes über die Handänderungsgebühr in dem Sinne, dass nur vermöglichere Käufer dieselbe bezahlen (Schuldenabzug); 5) Abschaffung der Abgabe auf der Eisenerzindustrie des Jura, welche ohnehin schon unter sehr misslichen Verhältnissen arbeitet und durch die Staatssteuer noch dazu unverhältnissmässig belastet wird; 6) dagegen Erhöhung der Jagdpatentgebühren; 7) Prüfung der Frage einer Luxussteuer auf Dienstboten, Luxuspferde etc.; 8) rationelle Einrichtung des Gebührensystems für solche staatliche Leistungen, die nicht allen Bürgern gleich zu gut kommen, wie das Institut der Grundbuchführung (Amtschreiber), Betreibungsbehörden etc.

Erhebungskosten der Steuern.

Es ist ein Hauptgrundsatz der Besteuerungskunst, dass die Steuersumme, welche der Staat aus den Taschen der Steuerpflichtigen zieht, möglichst vollständig als reine Einnahme in die Staatskasse gelange; die Bezugskosten sollen möglichst gering, das Steuersystem so billig als möglich angelegt sein. Was von der Steuersumme nicht in die Staatskasse gelangt, ist todttes Kapital, verloren für Staat und Volk.

Das Bezugssystem selbst hat übrigens nicht nur eine wichtige ökonomische, sondern auch eine politische und sittliche Bedeutung. Man denke nur an das absolut verwerfliche Steuerpachtsystem, verwerflich selbst dann, wenn der Bezug weniger kosten würde; Forderungen des Staates sollen nicht durch interessirte Privatpersonen, selbst in offizieller Färbung nicht, sondern durch die Amtsstellung des Staates selbst eingebracht werden (reines Regiesystem).

Im Kanton Bern finden für die direkten Steuern nach dem getrennten Grundsteuersystem für den alten und den neuen Kanton auch zwei unterschiedliche Bezugssysteme Anwendung, nämlich nach der Steuergesetzgebung des alten Kantons, also für die Einkommenssteuer im ganzen Kanton und die Grund- und Kapitalsteuer im alten Kanton das reine Regiesystem. Im Jura dagegen findet für die Grundsteuer noch ein Bezugssystem Anwendung, das sich

an das alte französische Steuerpachtsystem anlehnt. Es ist dies eine Schöpfung Napoleon's I., der für seine Feldzüge viel Geld brauchte, dessen Inkasso auf einen bestimmten Termin er gewiss sein musste. Die Steuereinnehmer sind für den sicheren Bezug der ganzen ihnen übertragenen Steuersumme auf einen bestimmten Steuertermin verantwortlich. Der Betrag muss von ihnen genau auf den Termin eingezahlt werden, gleichviel ob ihnen selbst die Steuersumme eingegangen oder nicht. So machen sie dem Staat theilweise Vorschüsse. Dafür beziehen sie für ihre Funktionen eine Bezugsprovision von 5 %; ferner findet für die Steuerforderung ein besonderes, beschleunigtes Betreibungsverfahren statt; Verluste können nicht vorkommen. Die Einzieher machen in gewissen, vorher bekannt gemachten Terminen ihre Rundfahrten im Amtsbezirk und die Bevölkerung ist an dieses diktatorische Verfahren so gewöhnt, dass sie sich pünktlich einfindet.

Dieses Verfahren hat den Vorzug, dass nie Steuer-rückstände entstehen.

Nach der Gesetzgebung des alten Kantons, also für Grund- und Kapitalsteuer im alten, für die Einkommenssteuer aber im ganzen Kanton, findet der Bezug gemeindegewisse statt. Jede Gemeinde ernennt ihre Steuereinzieher, welche die bezogenen Summen den Amtsschaffnern (Vertretern des Fiskus in den Bezirken) abliefern. Die Bezugskosten werden bestritten wie folgt:

Für Führung der Grund- und Kapitalsteuerregister bezahlt der Staat den Gemeinden in gewöhnlichen Jahren 5 Cent., in Jahren, in denen Hauptrevisionen stattfanden, 20 Cent. pro Grundsteuerpflichtigen. Für den Bezug der Grund- und Kapitalsteuer erhalten die Gemeinden 2 % der bezogenen Summe.

Bei der Einkommenssteuer wird den Gemeinden 3 % der Bezugssumme bezahlt. Die Kosten von Hauptrevisionen der Einkommenssteuer, welche die Regierung jederzeit anstellen lassen kann, werden ganz vom Staat getragen.

Aus diesen Vergütungen bestreiten die Gemeinden alle Kosten in den Gemeinden, entschädigen die Gemeindegewissungskommissionen, die Steuereinnehmer und bestreiten die Führung der Register.

Die Bezirkskommissionen und die Centralkommission werden vom Staat durch Taggelder entschädigt, die Amtsschaffner sind fix besoldet.

Bezüglich der Spezifizierung der Bezugskosten der indirekten Steuern verweisen wir auf die Anmerkungen.

Die folgende Uebersicht basirt auf das Jahr 1870; eine Berechnung, die wir pro 1869 gemacht haben, ergibt ganz die nämlichen Ziffern.

Wir unterscheiden hier das Steuersystem des alten und des neuen Kantons. Leider ist dies nur bezüglich

der ordentlichen Bezugskosten möglich, da die Angaben der Kosten der Grundsteuerschätzungsrevision nicht von denen der Einkommenssteuerrevision getrennt vorliegen, was noch den weiteren Mangel hat, dass eine für die verschiedenen Steuerarten (Grundsteuer und Einkommenssteuer) getrennte, genaue Berechnung der gesamten Bezugskosten nicht gemacht werden kann.

Unter den bezogenen Steuersummen verstehen wir die Roh-Einnahmen mit Inbegriff der Erhebungskosten, bei den direkten Steuern die rohe Soll-Steuersumme von 1870; als ausserordentliche Kosten setzen wir $\frac{1}{10}$ der Hautschätzungsrevisionskosten aus.

	Bezugs- kosten.	Bezogene Steuer- summe ¹⁾ .	Die Bezugs- kosten bilden davon Prozent.
1. <i>Steuergesetzgebung des alten Kantons:</i>			
	Fr.	Fr.	
a. Allgemeine Kosten ²⁾	41,873	—	— ³⁾
b. Grund- u. Kapitalsteuer	33,573 ⁴⁾	1,514,504	2,22
c. Einkommens-Steuer im ganzen Kanton .	31,067 ⁵⁾	656,659	4,73
Ordentliche Kosten:	106,513	2,171,163	4,91
2. <i>Grundsteuer des Jura:</i>			
Ordentliche Kosten .	29,088 ⁶⁾	327,361	8,89
3. <i>Ordentliche u. ausserordentl. Bezugs-Kosten des ganzen Kantons:</i>			
a. Ordentliche	135,601	2,498,524	5,43
b. Ausserordentliche, $\frac{1}{10}$ der Schätzungsrevisionskosten ⁷⁾ .	28,099	2,498,524	1,12
Zusammen:	163,700	2,498,524	6,55

¹⁾ Hierunter ist die eigentliche rohe Soll-Steuersumme des Jahres ohne Mitberechnung der Nachbezüge und ohne Abzug der nicht eingebrachten Beträge begriffen.

²⁾ Diese sind: a. die Kosten der Centralverwaltung; diese ist verbunden mit der Ohmgeldverwaltung (Steuer- und Ohmgeldverwaltung), wir berechnen also für jeden dieser Zweige die Hälfte der Kosten, Fr. 13,635; b. Kosten der Amtsschaffnerien Fr. 21,637, und c. Verschiedenes Fr. 6601.

³⁾ = 1,93 % der Totalsteuersumme.

⁴⁾ Bezugsprovisionen à 2 % Fr. 30,179 und Entschädigung an die Gemeinden Fr. 3394.

⁵⁾ Wovon Fr. 20,126 Bezugsprovision und Fr. 10,947 Kosten der Centralkommission; Taggelder der Bezirkskommissionen pro 1870 nichts in der Rechnung.

⁶⁾ Davon Kosten der Grundsteuerdirektion Fr. 12,720, Bezugsprovisionen Fr. 16,368.

⁷⁾ Hier ist $\frac{1}{10}$ der Haupt- und Schätzungsrevisionskosten von 1865—66 verrechnet, welche sich den Rechnungen von 1865 bis 1868 auf Fr. 280,999 für die Revision der Grund- und Einkommenssteuerschätzung belaufen.

	Bezugs- kosten. Fr.	Bezogene Steuer- summe. Fr.	Die Bezugs- kosten bilden davon Prozent.
4. <i>Indirekte Steuern:</i>			
Ohmgeld	58,105 ¹⁾	1,081,918	5,37
Zollentschädigung	(?	275,000)	?
Salzregal	(105,509 ²⁾	977,857)	10,79
Stempel	8,797 ³⁾	159,708	5,50
Handänd.-Gebühren ⁵⁾	62 ⁴⁾	151,896	—
Einregistr.-Gebühren ⁵⁾	8,495	57,855	14,68
Erbschafts- und Schenkungs- Steuer	6,381 ⁶⁾	264,717	2,41
Kanzlei- und Gerichts- gebühren	79 ⁷⁾	62,875	—
Gewerbs- und Patent- gebühren	1,602 ⁸⁾	312,223	0,51
Jagdregal	2,009 ⁹⁾	21,207	9,47
Fischezenregal	394 ⁹⁾	6,213	6,34
Bergbau:			
im Jura	3,246 ¹⁰⁾	7,073	45,89
» alten Kanton	2,316	12,816	18,07
Total ohne Zollentschädigung und ohne Salzregal	91,486 ¹¹⁾	1,938,501	4,72
Mit Salzregal	196,995 ¹¹⁾	2,916,358	6,75

Hieraus ist nun ersichtlich, dass die Bezugskosten der direkten Steuern des Kantons Bern 6,55 % = circa

¹⁾ Wovon die Hälfte der Kosten des Centralbureau's (Ohmgeld- und Steuerverwaltung) Fr. 13,635, Besoldungen der Ohmgeldnehmer Fr. 31,874, wozu Fr. 7250 Bezugsvergütung an die Eidgenossenschaft.

²⁾ Hier sind nur die Kosten der Centralverwaltung und die Auswägerlöhne berechnet, die Transportkosten etc. aber zum Salzwerth geschlagen. Als Steuersumme ist der Reinertrag berechnet.

³⁾ Hälfte der Kosten des Centralbureau's (Stempel- und Amtsblattverwaltung) Fr. 4060, Provisionen an Stempelverkäufer Fr. 4526, Unterhalt der Geräte Fr. 211.

⁴⁾ Für Formulare.

⁵⁾ Einregistrirungsgebühren in vier jurassischen Bezirken; von der hier figurirenden Steuersumme sind nur Fr. 159,269 in die Staatskasse geflossen, das Uebrige ist Antheil der Gemeinden. Bezugsprovisionen der Einregistrirung Fr. 8495.

⁶⁾ Bezugsprovisionen.

⁷⁾ Für Formulare.

⁸⁾ Einzug für Inspektionskosten etc. bezüglich der Branntweinfabrikation; der Bezug der übrigen Gebühren verursacht keine Kosten.

⁹⁾ Aufsicht und verschiedene Kosten.

¹⁰⁾ Besoldung und Kosten des Mineninspektors.

¹¹⁾ Wir geben hier den Zusammenzug ohne die Zollentschädigung, weil wir die Bezugskosten des schweizerischen Zolltragnisses nicht kennen, und ohne das Salzregal, da hier eigentlich von Bezugskosten nicht gesprochen werden kann, sondern von Verwaltungskosten, und diese würden im Freihand nicht billiger zu stehen kommen.

$\frac{4}{16}$ der bezogenen Steuern betragen, und zwar ordentliche (jährliche) Bezugskosten 5,43 %, Kosten der Hauptrevisionen 1,12 %. Ich finde diese Verhältnisse ziemlich gespannt; zwar darf nicht unbeachtet bleiben, dass die Erhebungskosten der Staatssteuer mehr oder weniger willkürlich durch bestimmte Provisionen an die Gemeinden bestimmt sind, dass also, was der Staat an Bezugskosten zu viel bezahlt, den Gemeinden zu gut kommt, und dass sich diese Kosten eigentlich theilen, indem damit zum grossen Theil zugleich die Kosten der Gemeindesteuer gedeckt sind; allein wir sprechen hier vom Standpunkt des Fiskus aus und für denselben, resp. die Staatssteuer, ist der Bezugsaufwand von bereits 7 % ein starker zu nennen. Dies hat namentlich zwei Gründe: erstens die Dreifachheit des Steuersystems (Grund-, Kapital- und Einkommenssteuer) drei besondere Steuerregister, Schätzungen etc., und zweitens das besondere Grundsteuersystem des Jura, welches durch die besondere Grundsteuerdirektion, Grundsteuer-aufseher etc. und die hohen Bezugsprovisionen von 5 % die Bezugskosten ungemein vergrössert.

Leider konnten wir die Schätzungsrevisionskosten nicht getrennt für Vermögens- und Einkommenssteuer erforschen, so dass auch eine genaue Trennung der Erhebungskosten für die beiden Steuersysteme des alten Kantons und des Jura bezüglich sämtlicher Erhebungskosten nicht möglich ist. In obstehender Uebersicht ist die Trennung daher nur für die ordentlichen (jährlichen) Kosten durchgeführt. Versuchen wir nun, die Trennung für die Gesamtkosten wenigstens annähernd zu machen.

In den Rechnungen von 1865—1868 figuriren für Schätzungsrevisionskosten Fr. 280,999, wovon Fr. 73,032 für den Jura, macht, auf zehn Jahre vertheilt, Fr. 28,099. Nimmt man nun an, dass hievon $\frac{2}{3}$ auf die Grundsteuer- und $\frac{1}{3}$ auf die Einkommenssteuerrevision fallen, so würden sich die Erhebungskosten auf die beiden Steuersysteme und die verschiedenen Steuerarten vertheilen wie folgt:

	Erhebungs- kosten. Fr.	Prozent der Steuer- summe.
Vermögenssteuer des alten Kantons	47,437	3,13
Grundsteuer des Jura	33,956	10,34
Vermögenssteuer des ganzen Kantons	81,393	4,42
Einkomm.-Steuer » » »	40,433	6,15
Hiezu allgemeine Kosten	41,873	—
Total wie oben:	163,700	6,55
Wovon auf		
das Steuersystem des alten Kantons	129,744	5,98
die Grundsteuer des Jura	33,956	10,37

Aus dieser und der obigen Uebersicht ergibt sich nun, dass, während die gesammten Erhebungskosten nach dem Steuersystem des alten Kantons nur 5,98 % betragen, das Steuersystem des Jura einen Kostenaufwand von 10,37 % erfordert.

Die Vermögenssteuer kostet im alten Kanton nur 3,13 %, im Jura dagegen 10,37 %, obschon dieselbe im alten Kanton getrennt (Grund- und Kapitalsteuer) bezogen wird. Der Grund hiervon ist ein doppelter. Erstlich ist die Grundsteuersumme des Jura viel zu gering, um einen besonderen Steuerapparat zu tragen. Die Kosten einer Steuereinrichtung stehen nicht im Verhältniss zur Steuersumme; die Steuereinrichtung eines kleinen Landes kostet nicht verhältnissmässig weniger als die eines grösseren Landes; zweitens ist das Bezugssystem an und für sich kostspieliger; die Bezugsprovisionen betragen 5 % statt 2 und 3 % im alten Kanton.

Ohne die Vortheile des jurassischen Steuersystems zu verkennen, möchten wir hier die Nothwendigkeit betonen, diesen Uebelstand abzuschaffen. Es lässt sich gegenüber den Steuerpflichtigen gar nicht rechtfertigen, einen kostspieligen Verwaltungsdualismus, dessen Nothwendigkeit durchaus nicht einzusehen ist, beizubehalten. Durch die Vereinigung beider Verwaltungen würde man eine Ersparniss von jährlich circa Fr. 20,000 erzielen, die entweder den Steuerpflichtigen oder der Staatskasse zu gut kämen. Bezüglich der steuerpflichtigen Personen und Dinge besteht ja faktisch gar kein Unterschied mehr zwischen den beiden Kantonstheilen. Warum denn die Sache komplizieren und dem Bürger theurer machen durch doppelte Verwaltung, die ganz gut zu vereinigen ist? Wenn der Jura so sehr an seinem Steuersystem hängt, so lasse man ihm am Ende dasselbe, die Sache kommt auf's Gleiche heraus. Man bezieht im Jura, so lange die Armenpflege nicht einheitlich ist, $\frac{3}{10}$ % weniger als im alten Kanton, benutzt den Vortheil des jurassischen Steuersystems, den genauen Kataster, bezieht statt Grund- und Kapitalsteuer wie im alten Kanton nur Grundsteuer ohne Schuldenabzug und kann am Ende sogar, um die Jurassier (wie man sagt, im Grunde aber die Herren Steuereinnahmer) nicht zu verletzen, sogar das Bezugssystem beibehalten, obschon ich grundsätzlich absolut gegen jede an das Steuerpacht-system anlehrende Bezugseinrichtung bin. Man rechne dem Jura vor und ich glaube, wenn man ihm sagt, die Abschaffung Deiner besonderen Grundsteuerverwaltung bringt eine Ersparniss von Fr. 20,000, so wird er (d. h. das Volk) gerne einwilligen.

Die obigen Gruppierungen zeigen ferner, dass die Erhebungskosten der Einkommenssteuer bedeutend grösser

sind als bei der Vermögenssteuer. Erstere betragen 6,15 %, letztere im alten Kanton nur 3,13 %. Die Differenz mag nicht ganz genau sein wegen der approximativen Repartition der Schätzungsrevisionskosten; aber die genaue Ziffer der ordentlichen Kosten zeigt die nämlichen Verhältnisse, 4,73 % Einkommenssteuerkosten gegen 2,22 % der Vermögenssteuer.

Es wäre aber falsch, hieraus den allgemeinen Schluss zu ziehen, dass Einkommenssteuer mehr koste als die Grundsteuer. Bei uns im Kanton Bern ist dies so, weil die Einkommenssteuer nur eine Ergänzungssteuer zur Vermögenssteuer ist, die Steuersumme daher relativ gering ist, nichts desto weniger aber einen besonderen Steuerapparat erfordert, und weil die Bezugsprovision 3 % statt 2 % wie bei der Vermögenssteuer beträgt.

Bezüglich der indirekten Steuern bemerken wir, dass hier das Salzregal eigentlich nicht mitzurechnen ist; bei dieser Abgabe kann von Bezugskosten nicht die Rede sein, die Verwaltungskosten müssten auch im Freihandel bezahlt werden.

Sieht man also vom Salzregal und von der Zollentschädigung ab, so belaufen sich die Bezugskosten der indirekten Steuern im Ganzen auf 4,72 % und betragen somit durchschnittlich weniger als die der direkten Steuern. Im Allgemeinen ist dies nicht der Fall, sondern gerade die viel höheren Bezugskosten der indirekten Steuern bilden ein Hauptargument gegen dieselben. Uebrigens kann die Frage für unseren Kanton auch nicht nach dem Durchschnitt, sondern nach den einzelnen Steuern behandelt werden, und da sehen wir denn, dass bei sechs von elf indirekten Steuerquellen die Erhebungskosten zum Theil enorm grösser sind als bei den direkten Steuern des alten Kantons. Der Vorwurf zu grosser Erhebungskosten ist anzuwenden gegen die Einregistrirungsgebühren des Jura (14,68 %), wo Reduktion der Provision am Platze wäre, ferner beim Jagdregal mit 9,47 %, beim Fischezenregal mit 6,34 %, ganz besonders aber bei den Bergbauabgaben. Um der ohnehin in sehr misslichen Verhältnissen arbeitenden jurassischen Eisenerzindustrie die für den Staat unbedeutende, für die Hochöfen selbst aber bedeutende Summe von circa Fr. 7000 abzufordern, wendet der Staat nicht weniger als Fr. 3200 oder 46 % der Abgaben auf, bezieht also wirklich nur circa Fr. 3500, während dieser Industrie Fr. 7000 entzogen werden. Aehnlich, doch viel weniger grell ist das Verhältniss betreffs der Bergbauabgaben des alten Kantons.

Das heisst eine Industrie geradezu konkurrenzunfähig machen, untergraben; es ist eine Abnormität, ein Widersinn, ganz den volkswirtschaftlichen Interessen des Landes

zuwider, einen Industriezweig zu besteuern, dem der Staat vielmehr nach Kräften wieder aufhelfen sollte.

Im Uebrigen ist aber der Kanton Bern bezüglich der Erhebungskosten der indirekten Steuern sehr günstig gestellt, weil die Steuern durch bereits und ohnedem vorhandene Amtsstellen bezogen werden.

Steuerpflicht und die Steuerbezahlenden.

Der Staat hat nicht nur das Interesse, Steuern zu beziehen, es liegt auch in seiner wirtschaftlichen Aufgabe und in seinem fiskalischen Vortheil, die Steuerlast zweckmässig zu vertheilen.

Diese Frage ist je nach den Ideen der Zeit vom Staat und von der Nationalökonomie in verschiedenen Zeiten sehr verschieden behandelt worden. Ehemals wurde hauptsächlich der Grundbesitz, d. h. der Bauernstand, besteuert, Handel und Industrie wurden nur indirekt durch Zölle etc., die wiederum die Landwirtschaft stark schädigten, vom Fiskus belangt. Die Landwirtschaft und der Bauernstand verarmte unter der Steuerlast. Es ist bekannt, wie stark die hemmenden Feudallasten, Zehnten, Bodenzinse etc. den Bauernstand noch bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts drückten. Mit der fortschreitenden Entwicklung der Staatswirtschaft hat sich jedoch allmählig, durch die Nationalökonomie getragen, der Grundsatz der Allgemeinheit der Steuerpflicht, d. h. das Prinzip, dass jeder Bürger im Verhältniss Dessen, was er unter dem Schutz des Staates geniesst, steuerpflichtig ist, Geltung verschafft. Es ist dies ein Hauptgrundsatz der Steuergesetzgebung, der heute allgemein anerkannt ist und mehr und mehr vollständig durchgeführt wird.

Bei uns im Kanton Bern ist die allgemeine Steuerpflicht bekanntlich erst im Jahr 1847 mit der Schaffung direkter Steuern eingeführt worden. Vorher ruhte die Steuerlast hauptsächlich auf dem Bauernstand; es ist jedenfalls eine nicht geringe volkswirtschaftliche Errungenschaft des Jahrhunderts, die lästige und schädliche Steuerform der Zehnten, Bodenzinse etc., die dem Fortschritt der Landwirtschaft geradezu Schranken setzte, abgeschafft zu haben.

Vollständig ist der Grundsatz der allgemeinen Steuerpflicht erst im Jahr 1865 mit dem neuen Einkommenssteuergesetz durchgeführt; das ältere Gesetz von 1847 liess noch die Lohnarbeiter, Dienstboten, Gesellen etc. unbesteuert, eine durchaus auf irrthümlicher Anschauung beruhende Ausnahmsstellung.

Was nun die Steuerpflichtigen, resp. Steuerbezahlenden, betrifft, so ist sofort klar, dass die Zahl derselben

nicht nur eine hohe politische, fiskalische, sondern auch namentlich wirtschaftliche und soziale Wichtigkeit hat.

Es zeugt von gesunderen sozialen und wirtschaftlichen Zuständen, wenn die Steuerlast von einer grösseren Zahl Bürger getragen wird als von einer geringeren, d. h. es ist besser, möglichst viele Bürger seien im Stande, einen kleinen Steuerbetrag zu entrichten, als eine geringere Anzahl bezahle höhere Beträge.

Man muss hiebei freilich unterscheiden zwischen Grund-, Kapital- und Einkommenssteuer. Der Grundbesitz darf sich nicht zu sehr zersplittern, die Vermehrung der Grundsteuerpflichtigen wird daher stets mehr oder weniger beschränkt sein, während bei der Kapital- und Einkommenssteuer eine Vermehrung der Steuerpflichtigen wohl stets als günstiges Symptom der ökonomischen und sozialen Zustände angesehen werden kann.

Im alten Kanton Bern hat sich laut nachstehender Uebersicht die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen von 1856 bis 1870 vermehrt um 13,796; der künstliche Zuwachs infolge des neuen Einkommenssteuergesetzes beträgt circa 6000 Steuerpflichtige, so dass eine natürliche Vermehrung von circa 7800 Pflichtigen oder 9,1 % stattgefunden hat. Die Zahl der Grundsteuerpflichtigen ist gestiegen um 793 oder 1,32 %, die Kapitalsteuerpflichtigen um 4431 oder 23,52 %, der natürliche Zuwachs der Einkommenssteuerpflichtigen beträgt circa 2570 oder 37,81 %.

Um die relative (eigentliche) Vermehrung zu berechnen, müssen die Grundsteuerpflichtigen in Vergleich gebracht werden mit der Zahl der Liegenschaftsbesitzer, bei der Kapital- und Einkommenssteuer mit der Einwohnerzahl. Auf diese Weise gelangt man zu dem Resultat, dass bei der Grundsteuer die Zahl der Steuerpflichtigen, d. h. Steuerfähigen, abgenommen hat, während diejenige der Kapital- und Einkommenssteuerpflichtigen eine relative Vermehrung zeigt.

Bei der Grundsteuer kommen nämlich auf 100 Liegenschaftsbesitzer Steuerpflichtige: 1856 91,32, 1870 dagegen nur 89,47 oder von 1856 — 1865 91,31, 1866 — 1870 90,06. Bei der Kapitalsteuer dagegen ist das Prozentverhältniss der Steuerpflichtigen im Vergleich zur Bevölkerung von 5,26 % im Jahr 1856 auf 5,88 % im Jahr 1870 und bei der Einkommenssteuer (mit Inbegriff der künstlichen Vermehrung durch das neue Gesetz) von 1,89 % auf 3,89 % gestiegen.

Einen klaren Ueberblick über die Bewegung der Steuerpflichtigen gewährt am Fusse nachstehender Uebersicht das Prozentverhältniss der Pflichtigen der einzelnen Steuerarten zum Total. Wir sehen da, dass von allen

Steuerpflichtigen im Jahr 1856 70 %, 1865 66,17 %, 1866 62,86 % und 1870 nur noch 61,16 % auf die Grundsteuer fallen, die Zahl der Pflichtigen dieser Kategorie also stetig sank, während dagegen die Kapital- und Einkommenssteuer ein progressiv stärkeres Kontingent zur Gesamtzahl der Pflichtigen liefert.

Ich mache ferner aufmerksam, dass bei der Grundsteuer die Qualität der Steuerpflichtigen (schuldenfrei oder nicht) eine noch ungünstigere Bewegung zeigt als die Zahl derselben. Während im Jahr 1856 47,15 % aller Liegenschaftsbesitzer ganz schuldenfrei waren und nur 52,85 % Schulden hatten, hat sich dieses Verhältniss stetig verschlimmert, so dass im Jahr 1870 nur 43,43 % schuldenfrei, dagegen 46,04 % mit Schulden behaftet sind. Und zwar fällt diese Vermehrung der schuldbehafteten Grundeigentümer hauptsächlich auf die schlimmste Kategorie derselben, die überschuldeten Besitzer, deren im Jahr 1856 8,68 %, 1870 aber 10,53 % sind.

Es ist nach diesen Ziffern in Verbindung mit der ganz analogen Bewegung des Steuerkapitals unverkennbar, dass die Steuerfähigkeit des Grundbesitzes im Sinken begriffen ist. Ich möchte zwar aus dem Faktum nicht bedingt den Schluss ziehen, die Verhältnisse des Grundbesitzes (hauptsächlich der Landwirthschaft) haben sich in dem Grade verschlimmert, wie es nach diesen Ziffern auf den ersten Blick scheinen möchte; denn es ist eine natürliche Folge der steigenden Macht, Quantität und der raschen Cirkulation des beweglichen Kapitals, dass der Grundbesitz und namentlich die Landwirthschaft mehr Kapital benutzt und umsetzt, und insofern können diese Resultate nicht als Zeichen verschlimmter Zustände gedeutet werden. Ein schlimmes Symptom scheint dagegen wohl die starke Vermehrung der überschuldeten Besitzer; diese Erscheinung erklärt sich kaum anders als durch eine wirkliche unfreiwillige Schuldenvermehrung und daherige Ueberschuldung.

Interessant ist in der Uebersicht der « Vermehrung der Steuerpflichtigen im alten Kantonstheil » ferner, dass in den Jahren, in welchen Hauptrevisionen stattfinden, die Ziffer der zum Theil oder ganz Verschuldeten geringer, die Zahl der Steuerpflichtigen konsequent grösser ist (siehe Jahre 1856 und 1866) und dass diese Verhältnisse sich dann in den nachfolgenden Jahren wieder progressiv ungünstiger gestalten. Dies war bei der Revision von 1856 und von 1866 der Fall. Mir scheint, es liege darin ein Fingerzeig, dass die genaue und richtige Durchführung

der Steuergesetze durch die Gemeinden manchmal zu wünschen übrig lasse und dass ungerechtfertigte Entziehung von der Steuerpflicht nicht zu den Unmöglichkeiten gehöre. Dass die Hauptrevision die Zahl der überschuldeten Besitzer vermindert und die Ziffer der Steuerpflichtigen erhöht, erklärt sich leicht durch die Höherschatzung des Besitzwerthes; dass sie aber auch die Zahl der schuldenfreien Eigenthümer erhöht und umgekehrt die Ziffer der Schuldenbehafteten herabdrückt, kann kaum in andern Umständen als den angegebenen (Handhabung und Anwendung der Steuergesetze) seine Erklärung finden.

Die Ergebnisse nachstehender Uebersicht lassen sich in Kürze so zusammenfassen: die Zahl der steuerfähigen Grundeigentümer ist in ziemlich starker Abnahme begriffen und hat sich seit 1856 anhaltend vermindert; die Zahl der verschuldeten und speziell die der überschuldeten Besitzer ist im Zunehmen begriffen. Dagegen ist die Zahl der Einwohner, welche im Stande sind, Kapitalsteuer oder Einkommenssteuer zu entrichten, im Wachsen begriffen. Die Zahl der steuerfähigen Einwohner ist im Ganzen grösser als früher.

Die Schlüsse, welche sich aus nachstehender reichhaltiger Uebersicht ergeben, können gewiss für die Bewegung und die Verhältnisse des Grundbesitzes keine erfreulichen sein. Diese Ziffern sind eine starke Illustration zu der allgemeinen Klage über Unrentabilität der Bodenbewirthschaftung, und es wirft sich unwillkürlich die Frage auf, ob nicht etwa Uebersteuerung des Grundbesitzes, d. h. der Landwirthschaft, vorhanden sei?

Die Vermehrung der kapital- und einkommenssteuerpflichtigen Bürger ist ganz erfreulich; dies zeigt, dass der Reichthum des Landes an beweglichem Kapital zugenommen hat, dass eine grössere Anzahl Bürger Kapital besitzen, eine grössere Zahl arbeitender Einwohner im Stande, Einkommenssteuer zu entrichten, der Erwerb der arbeitenden Klasse ist gestiegen, — aber dies zeigt immer noch nur eine absolute finanzielle Vermehrung und Verbesserung an. Es ist damit nichts weniger als der Beweis geleistet, dass in der ökonomischen und sozialen Lage der Mittelklassen und noch weniger der Arbeiterklasse eine relative oder wirkliche Verbesserung eingetreten sei, denn eine solche kann nicht eintreten durch grössere finanzielle Mittel allein, die Frage liegt im Verhältniss der Arbeits- zu den Lebensbedürfnisspreisen. Immerhin liegt doch darin ein Zeichen des Wachsens der finanziellen Hilfsmittel.

Vermehrung der Steuerpflichtigen im alten Kantonstheil ¹⁾.

	Durchschnitt von					
	1856. Individuen.	1865. Individuen.	1866. Individuen.	1870. Individuen.	1856—65. Individuen.	1866—70. Individuen.
Bevölkerung	358,147	382,498	385,081	395,416	369,583	390,247
1. Grundsteuer:						
a. Liegenschaftsbesitzer	65,771	66,273	66,840	68,018	65,471	67,547
Auf 100 Einwohner	18, ₃₆	17, ₂₃	17, ₃₆	17, ₂₀	17, ₇₁	17, ₃₁
1 Besitzer auf Jucharten ²⁾	11, ₄₉	11, ₄₁	11, ₃₁	11, ₁₂	11, ₅₅	11, ₁₉
Davon sind:						
b. Schuldenfrei	31,012	28,989	29,434	29,540	29,241	29,651
Prozent vom Total	47, ₁₅	43, ₇₄	44, ₀₄	43, ₄₃	44, ₈₆	43, ₉₂
c. Mit Schulden behaftet	34,759	37,284	37,406	38,478	36,230	37,896
Prozent vom Total	52, ₈₅	56, ₂₆	55, ₉₆	56, ₅₇	55, ₃₄	56, ₀₈
d. Zum Theil verschuldet	29,053	30,368	32,413	31,318	30,554	31,793
Prozent vom Total	44, ₁₇	45, ₈₂	48, ₄₉	46, ₀₄	46, ₆₇	47, ₀₆
e. Ueberschuldet (also steuerfrei)	5,706	6,916	4,993	7,160	5,676	6,103
Prozent vom Total	8, ₆₈	10, ₄₄	7, ₄₇	10, ₅₃	8, ₆₇	9, ₀₂
f. Steuerpflichtige	60,065	59,357	61,847	60,858	59,785	61,444
Prozent der Liegenschaftsbesitzer	91, ₃₂	89, ₅₆	92, ₅₃	89, ₄₇	91, ₃₁	90, ₀₆
Auf 100 Einwohner	16, ₇₇	15, ₅₂	16, ₀₆	15, ₃₉	16, ₁₈	15, ₇₄
2. Kapitalsteuerpflichtige	18,843	22,683	22,991	23,274	20,736	22,956
Auf 100 Einwohner	5, ₂₆	5, ₉₃	5, ₉₇	5, ₈₈	5, ₆₁	5, ₈₈
3. Einkommenssteuerpflichtige	6,797	7,664	13,545	15,369	7,119	14,570
Auf 100 Einwohner	1, ₈₉	2, ₀₀	3, ₃₂	3, ₈₉	1, ₉₃	3, ₇₃
Total	85,705	89,704	98,383	99,501	87,640	98,970
Auf 100 Einwohner	23, ₉₃	23, ₄₅	25, ₅₅	25, ₁₆	23, ₇₁	25, ₃₅
Von allen Pflichtigen sind:	%.	%.	%.	%.	%.	%.
1. Grundsteuerpflichtige	70, ₀₈	66, ₁₇	62, ₈₆	61, ₁₆	68, ₂₂	62, ₀₉
2. Kapitalsteuerpflichtige	21, ₉₉	25, ₂₉	23, ₃₇	23, ₃₉	23, ₆₆	23, ₁₉
3. Einkommenssteuerpflichtige	7, ₉₃	8, ₅₄	13, ₇₇	15, ₄₅	8, ₁₂	14, ₇₂

¹⁾ Die Vermehrung der Steuerpflichtigen seit 1856 können wir leider nur für den alten Kantonstheil geben; übrigens müsste man ohnedem die beiden Steuersysteme auseinanderhalten. Die wirkliche Gesamtzahl der Steuerpflichtigen des ganzen Kantons geben wir weiter unten.

²⁾ Kulturland, Gebäude und Waldungen; Flächeninhalt im alten Kanton: 756,227 Jucharten und 65,677 Kuhrechte.

Gesamtzahl der Steuerpflichtigen im ganzen Kanton im Jahr 1869. Verhältniss zur gesammten und zur erwerbenden (besteuerungsfähigen) Bevölkerung.

	Zahl.	Prozent vom Total.	Prozent der gesammten ⁴⁾ erwerbenden ⁵⁾ Bevölkerung.
Grundsteuer ³⁾	88,565	65,0	17,6
Kapitalsteuer	23,272	17,1	4,6
Vermögenssteuer	111,837	82,1	22,2
Einkommenssteuer	24,387	17,9	4,8
Total:	136,224	100,0	27,1

³⁾ Im alten Kanton 61,389, im Jura 27,176 Pflichtige.

⁴⁾ Bevölkerung von 1870 501,873.

⁵⁾ Die erwerbende Bevölkerung nach Analogie des Verhältnisses im Jahr 1860 berechnet pro 1870 auf 232,869 erwerbende Personen.

Es ist hiebei zu beachten, dass in Wirklichkeit die Zahl der Steuerpflichtigen nicht einmal so hoch ist, wie sie sich hier darstellt, weil der nämliche Steuerpflichtige in zweifacher Weise in dieser Ziffer mehrfach gezählt sein kann; erstens kann er in allen drei Steuerarten figuriren und zweitens ist ein Steuerpflichtiger, welcher in zwei Gemeinden des Kantons Grundbesitz hat, doppelt gezählt.

Von der Gesamtbevölkerung bezahlen 27,1 % oder $\frac{3}{11}$ Steuern und zwar 22 % oder circa $\frac{1}{5}$ von Besitz (Vermögen) und 5 % von Einkommen. Grundsteuer entrichten 65 % der Steuerpflichtigen, Kapitalsteuer 17 %, Einkommenssteuer 18 %. Das Verhältniss der Vermögenszu den Einkommenssteuerpflichtigen verhält sich somit wie $\frac{4}{5}$ zu $\frac{1}{5}$.

Wenn wir dann das Verhältniss der Steuerpflichtigen zur eigentlich besteuerten, also der erwerbenden Be-

völkerung betrachten, so sehen wir, dass von dieser Einwohnerzahl, auf welcher der gesammte Staats-, Gemeinde- und Familienunterhalt ruht, nur 58,4 % oder $\frac{3}{5}$ Steuern entrichten.

Insofern die Steuertaxation als richtig angenommen werden darf, ist also der Schluss erlaubt, dass $\frac{2}{5}$ oder 40 % der erwerbenden Kräfte des Landes nicht steuerfähig sind, d. h. kein Vermögen, resp. keinen nicht überschuldeten Besitz besitzen oder kein Einkommen über Fr. 600 haben. Ich halte dieses Verhältniss der Steuerpflichtigen zu der Summe der Erwerbskräfte für kein günstiges, d. h. zu niedrig, obschon ich nicht im Stande bin, zu sagen, wie es hierin anderswo aussieht. Die Thatsache liefert übrigens den Beweis, dass gewiss eine Anzahl Steuerfähige nicht zur Steuerschätzung herangezogen sind und dass bei der Einkommenssteuer viele Personen, namentlich Arbeiter, sich der Steuerleistung entziehen können.

Zur Charakteristik der Einkommenssteuerpflichtigen führen wir hier die Vertheilung derselben auf die Steuerklassen pro 1870 an und erinnern, dass die erste Klasse Einkommen von Arbeit, die zweite von Leibrenten, Pensionen und die dritte Klasse von Kapitalzinsen betrifft.

	Pflichtige.	Prozent aller Pflichtigen.
In einer Klasse:		
I. Klasse	21,049	83,55
II. »	207	0,82
III. »	2,820	11,20
In zwei Klassen:		
I. und II. Klasse	27	0,11
I. » III. »	962	3,82
II. » III. »	107	0,42
In allen drei Klassen	20	0,08
	<hr/> 25,192	<hr/> 100,00

Die Zahl der Steuerpflichtigen, welche nur das Resultat ihrer Arbeit versteuern, bildet also schon 83,5 % oder über $\frac{4}{5}$. Einkommen von Arbeit und von Kapital zugleich, was volkwirtschaftlich betrachtet die günstigste Klasse darstellt, versteuern 3,82 %. Nur Kapitalzinse versteuern 11 %.

Einkommen von Arbeit versteuern im Ganzen 22,058 Pflichtige oder 87,6 %. Einkommen von Kapitalien versteuern 3909 Bürger oder 15,5 % der Einkommenssteuerpflichtigen und endlich versteuern Leibrenten, Pensionen etc. 361 Personen oder 1,4 % der Steuerpflichtigen.

Eintheilung aller Steuerpflichtigen des Kantons in Vermögens- oder Arbeitsrente Versteuernde.

Es versteuern im Ganzen:

	Pflichtige (1869).	Prozent der Pflichtigen.	Prozent der erwerbenden Bevölkerung.
1. Vermögen (Grund- u. Kapital- und III. Klasse Einkommenssteuer)	115,763	84,9	49,7
2. Arbeit (I. Klasse Einkommenssteuer)	21,223	15,5	9,1
3. Renten und Pensionen	358	0,3	0,1
Wirkliche Zahl der Pflichtigen:	136,224	—	58,4

Bereits die Hälfte (49,7 %) der erwerbenden Bevölkerung versteuert Vermögen; 9,1 % oder $\frac{1}{10}$ versteuert Einkommen von Arbeit.

Die Vermögenssteuerpflichtigen bilden 85 % aller Pflichtigen, die Arbeit Versteuernden 15,5 %.

Wir sehen also auch hier wieder, wie sehr im Kanton Bern die Vermögenssteuer das Uebergewicht hat, d. h. dass die direkte Steuerlast vornehmlich auf den Vermögenden und Besitzenden ruht, womit freilich gar nicht etwa gemeint sein soll, dieselben tragen in einem unbilligen Verhältniss zu den öffentlichen Lasten bei, denn die obstehenden Ziffern geben nur das absolute, nicht aber das verhältnissmässige Steuerpflichtsverhältniss an.

Das Steuerkapital.

*Der Werth des gesammten Grundeigenthums *)*

des Kantons Bern beträgt nach der Grundsteuerschätzungsrevision, die sich auf den ortsüblichen Marktpreis basiren soll, folgende Summen:

Liegenschaften.	Flächeninhalt.	Schätzungswerth.
<i>I. Kulturland:</i>	Jucharten.	Fr.
1. Gärten, Aecker, Wiesen	663,267	462,810,975
2. Weiden	119,388	} 28,744,076
Kuhrechte	65,677	
3. Rebland	2,278	7,465,517
<i>Kulturland</i>	784,933	499,020,568
Kuhrechte	65,677	
<i>II. Gebäude und Hausplätze</i>	9,145	361,783,377
<i>III. Waldungen</i>	373,441	105,719,954
Total	1,167,519	} 966,523,899
Kuhrechte	65,677	

*) Staats-, Gemeinde- und Privatbesitz; nicht inbegriffen dagegen das unangebaute Land, Strassen, Flüsse etc.

Von diesem Gesamtwert beträgt das steuerpflichtige rohe Grundsteuerkapital, Kapitalschulden inbegriffen, im Jahr 1866 Fr. 929,653,350 oder 96,2 %/o. Steuerfrei ist

also ein Werth von circa 37 Millionen Franken (siehe die gesetzlichen Bestimmungen hievor).

Das Steuerkapital und Vermehrung desselben.

	1856.	1865.	1866.	1870.
<i>I. Vermögenssteuer des alten Kantons:</i>				
<i>1. Grundsteuer:</i>				
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
a. Rohes Steuerkapital	606,387,193	629,681,714	737,600,442	755,954,745
Auf 1 Grundbesitzer	9,219	9,501	11,035	11,114
b. Summa Schulden	181,142,240	230,003,548	237,366,293	274,475,983
Prozent derselben	29,8	36,5	32,2	36,3
Auf 1 Schuldenabzugs-Berechtigten .	5,211	6,169	6,346	7,133
c. Wirklicher Schuldenabzug	175,859,341	214,693,460	228,028,563	259,695,223
d. Schuldenüberschuss der überschuldeten				
Besitzer	5,282,899	15,310,088	9,337,730	14,780,760
Prozent des rohen Steuerkapitals . .	0,87	2,43	1,28	1,95
Auf 1 Ueberschuldeten	926	2,214	1,870	2,064
e. Reines Steuerkapital	430,527,852	414,988,254	509,571,879	496,259,522
Prozent des rohen	70,9	65,8	69,1	65,6
Auf 1 Steuerpflichtigen	7,168	6,991	8,239	8,154
<i>2. Kapitalsteuer:</i>				
a. Wirkliches Kapital	172,420,587	212,796,169	217,223,392	238,470,067
Auf 1 Steuerpflichtigen	9,150	9,381	9,448	10,246
b. Jährlicher Zins	6,951,409	8,883,020	9,155,358	10,440,595
c. Also Zinsfuss, Prozent	4,03	4,17	4,21	4,38
d. Gesetzliches Steuerkapital ¹⁾	173,812,908	221,108,830	228,897,500	261,049,554
<i>Vermögenssteuer im alten Kanton:</i>				
	604,340,760	636,097,084	738,469,379	757,309,076
<i>II. Einkommenssteuer²⁾</i>				
	3,737,478	4,374,802	15,539,100	19,621,400
Auf 1 Steuerpflichtigen	549	570	757	778
Kapitalisirtes Einkommen à 4 %/o	93,436,000	109,370,000	388,498,000	490,535,000
<i>III. Grundsteuer des Jura</i>				
	68,642,000 ³⁾	71,045,000 ³⁾	192,052,908	192,565,396
Total des Kantons⁴⁾:				
	766,418,760	816,512,084	1,319,020,287	1,440,409,472

¹⁾ Wird berechnet durch Multiplikation des Zinsertrages mit 25.

²⁾ 1856 und 1865 nur im alten Kanton, von da an im ganzen Kanton.

³⁾ Alte Schätzungen von 1824; bis 1865 fand im Jura keine Neuschätzung statt.

⁴⁾ Das Einkommen à 4 %/o kapitalisirt.

Die enorme Vermehrung des besteuerten Kapitals seit 1856 von 674 Millionen ist nicht etwa als wirkliche Werthvermehrung zu betrachten. Dieselbe rührt her: a. von der Neuschätzung der alten Schätzungen von 1824 im Jura circa 124 Millionen; b. von der Ausdehnung der Einkommenssteuer auf den Jura circa 78 Millionen kapitalisirtes Einkommen; c. von der Einführung des neuen

Einkommenssteuergesetzes im alten Kanton circa 201 Millionen kapitalisirtes Einkommen; d. von der Grundsteuerschätzungsrevision im alten Kanton, welche eine Vermehrung ergab an Grundsteuerkapital von circa 95 Millionen und an Kapitalsteuerkapital von circa 5 Millionen. Zusammen Vermehrung des Steuerkapitals seit 1856 durch Schätzungsrevision und das neue Einkommenssteuergesetz

circa 501 Millionen, wozu eine Vermehrung von circa 173 Millionen, die im Laufe der Jahre erfolgte, hinzukommt; macht obige 674 Millionen.

Im Jahr 1870 betrug das Steuerkapital an wirklichem Besitz oder kapitalisirtem Einkommen 1440 Millionen Franken = Fr. 2876 per Einwohner.

Bei der Kapital- und der Einkommenssteuer hat seit 1856 eine ununterbrochene starke Vermehrung des Steuerwerthes stattgefunden. Es ist namentlich bemerkenswerth, dass bei der Einkommenssteuer der durchschnittliche versteuerte Einkommensbetrag von Fr. 549 im Jahr 1856 auf Fr. 778 im Jahr 1870 gestiegen ist; dabei darf nicht vergessen werden, dass die Abschaffung der Steuerbefreiung durch das neue Gesetz gerade die ärmste Schichte der Bevölkerung betraf (Dienstboten, Tagelöhner etc.). Eine ähnliche Vermehrung zeigt die Kapitalsteuer.

Will man aus diesen Resultaten, in Verbindung mit der oben konstatirten Vermehrung der Steuerpflichtigen, auf die volkswirtschaftlichen Zustände schliessen, so halte ich als durch die hier erhaltenen Ergebnisse erwiesen:

dass der Nationalreichthum seit 1856 an beweglichem Kapital und Einkommen bedeutend gestiegen ist; dass mehr Bürger Kapital besitzen und dass die arbeitende Klasse in Bezug auf Einkommen besser gestellt ist, — ohne dass hiemit gesagt ist, die soziale und ökonomische Lage der Mittel- oder arbeitenden Klassen habe sich entsprechend verbessert, da die eben konstatirte Thatsache nur die eine Seite dieser Frage berührt.

Bezüglich des Grundbesitzes treten dagegen sehr ungünstige Symptome zu Tage: *a.* die bedeutende absolute und relative Vermehrung der Grundpfandschulden überhaupt und *b.* speziell des Schuldenüberschusses der überschuldeten Güter. Die Schulden haben sich vermehrt von 29,8 % im Jahr 1856 auf 36,3 % 1870, der Schuldenüberschuss von 0,87 % auf 1,95 %. Ich möchte hieraus nicht absolut den Schluss ziehen, die Verhältnisse des Grundbesitzes seien entsprechend schlimmer geworden; es ist bekannt, dass der Grundbesitz namentlich in Häuserbauten und auch die Landwirtschaft jetzt viel mehr bewegliches Kapital umsetzt als früher und für die Landwirtschaft ist dies gewiss sehr zu begrüssen, denn eben das fehlte und fehlt noch der Landwirtschaft: Kapital zum gewerbsmässigen Betrieb. Der Umstand aber, dass

die Zahl der überschuldeten Besitzer und die Summe des Schuldenüberschusses so stark gewachsen ist, scheint zum Mindesten ein ungünstiges Symptom. Das Wachsen des Grundwerthes ist nicht in gleichem Maasse erfolgt wie die Vermehrung des beweglichen Kapitals. Ein Missverhältniss zwischen Grundbesitz und beweglichem Kapital, zwischen Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft oder der sogenannten Bodenrente und dem Preise des Kapitals (Zinsfuss) ist gewiss heute unverkennbar. Wenn der Landwirth sein Kapital à 5 % verzinst, die Bodenbewirthschaftung rentirt aber nur 4 % (kaum mehr), so kann er nur vom Ertrag des schuldenfreien Eigenthums leben und muss überdiess davon noch 1 % zum Kapitalzinse des verschuldeten hinzufügen.

Interessant ist in obstehender Uebersicht, dass die Hauptrevisionen die Zahl der verschuldeten und überschuldeten Eigenthümer und den Betrag der Schuldsomme so bedeutend herabsetzen (vergleiche 1866 mit 1865), d. h. günstiger stellen, und dass diese Verhältnisse sich dann progressiv wieder verschlimmern, ein Fingerzeig, welcher auf die Nothwendigkeit scharfer Kontrolle und genauer Durchführung der Gesetze hinweist.

Der Kapitalzinsfuss betrug 1856 durchschnittlich 4,03 %, 1870 aber 4,38 %; ist also ziemlich gestiegen trotz der starken Vermehrung von beweglichem Kapital.

Am Schlusse unserer Darstellung angelangt, möchten wir dem geneigten Leser in Erinnerung bringen, dass dieselbe nur den Zweck haben konnte, ein statistisches Material zur Beurtheilung der bernischen Steuerverhältnisse beizutragen, nicht aber den einer parlamentarischen Abhandlung und Kritik unseres Steuerwesens. Wenn tüchtigere und in der Zeit weniger beschränkte Kräfte es übernehmen würden, die hier zu Tage tretenden Erscheinungen näher zu untersuchen und das gebotene Material zu einer freien kritischen Beleuchtung und Untersuchung unseres Steuerwesens zu verarbeiten, so würde uns dies sehr freuen. Es wäre dies gewiss eine zwar schwierige, aber schöne Aufgabe, denn die Steuerfrage bietet ein weites Feld reifen Denkens und ist ein internationales Problem, das seine Lösung mit derjenigen der sozialen Frage finden muss.